

Aktuelle Trends

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur 1999 und 2000:
Rückkehr auf den Aufschwungspfad

Hans-Ulrich Brautzsch/Brigitte Loose/Udo Ludwig

Konjunktur in Ostdeutschland 1999 und 2000:
Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung
setzt sich abgeschwächt fort

Hans-Ulrich Brautzsch/Ruth Grunert

Das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher
Gesamtrechnungen 1995 verändert kaum das
Konjunkturbild für Deutschland

Siegfried Beer

Branchenskizze:
Ostdeutsche Kraftfahrzeugproduktion

Brigitte Loose

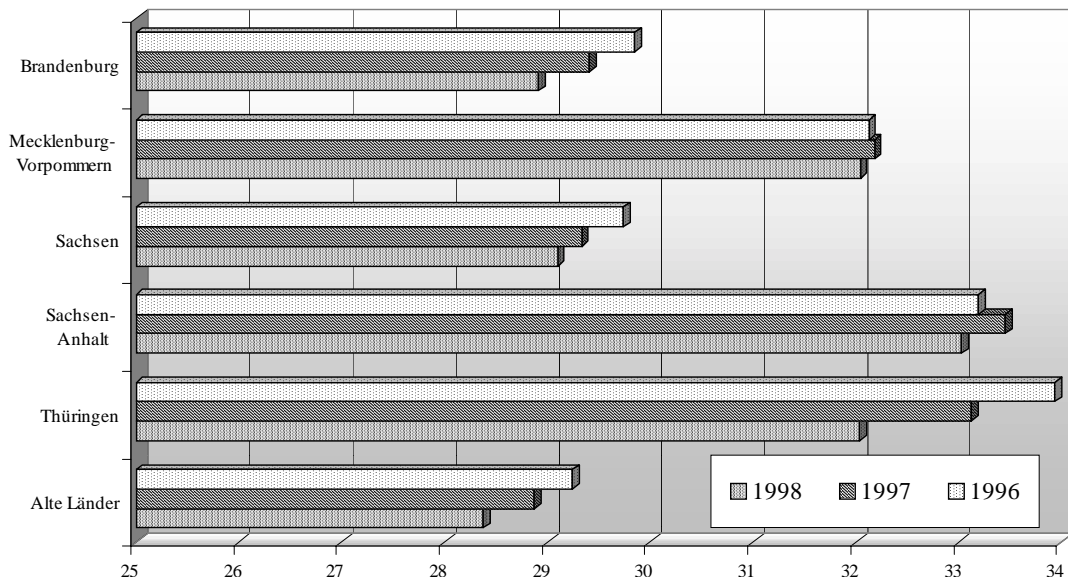
IWH-Bauumfrage im Juni 1999:
Frühsommerliches Hoch am ostdeutschen Bau

9-10/1999

21.07.1999, 5. Jahrgang

Aktuelle Trends

Entwicklung des Personals der neuen Länder zwischen 1996 und 1998 - Beschäftigte der Länder pro 1.000 Einwohner -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Die Regierungen der neuen Länder stehen angesichts steigender Haushaltsdefizite unter Druck, ihren Personalbestand zu reduzieren. Diese Forderung wird insbesondere von Seiten der alten Länder gestellt, die vergleichsweise weniger Personal beschäftigen und in den letzten Jahren ihren Personalbestand weiter reduzieren konnten. Dem westdeutschen Niveau mit etwa 28 Beschäftigten hat sich inzwischen das Land Brandenburg am stärksten angenähert, ebenso hat der Freistaat Sachsen seit 1996 die Zahl seiner Landesbeschäftigten auf 29 reduzieren können (Werte jeweils pro 1.000 Einwohner). Den größten Abbau zwischen 1996 und 1998 hat der Freistaat Thüringen vollzogen, allerdings vom absolut höchsten Niveau aus, so daß er aktuell immer noch 32 Personen pro 1.000 Einwohner beschäftigt.

Relativ geringe Erfolge beim Personalabbau haben bisher die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erzielt, wobei Sachsen-Anhalt mit 33 Beschäftigten derzeit den Spitzenwert einnimmt. Bezieht man die Beschäftigtenzahl auf die jeweilige Landesbevölkerung, hat das zur Folge, daß auch die Bevölkerungsentwicklung die abgebildeten Werte beeinflusst. So hat in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern das Länderpersonal von 1996 auf 1997 zwar abgenommen, aber anteilig noch stärker ist im gleichen Zeitraum die Bevölkerung durch Abwanderungs- und Sterbefallüberschüsse geschrumpft.

Auch die Gemeinden der neuen Länder konnten ihren Bestand an Beschäftigten (hier nicht abgebildet) seit 1996 verringern. Während beim Länderpersonal im Durchschnitt 28 Beschäftigten in den alten 31 Beschäftigte in den neuen Ländern gegenüberstehen, ist im Kommunalbereich der Abstand zum westdeutschen Niveau von 18 Beschäftigten noch größer: Die ostdeutschen Kommunen beschäftigen im Durchschnitt 25 Personen pro 1.000 Einwohner.

Peter Franz (pfr@iwh.uni-halle.de)

Konjunktur 1999 und 2000: Rückkehr auf den Aufschwungspfad

Im Frühjahr 1999 haben sich die Perspektiven der Weltwirtschaft wieder aufgehellt. Dazu trugen die Fortschritte bei der Bewältigung der Krisen in Südostasien ebenso bei wie die anhaltende Dynamik der US-Konjunktur. Auch im Euroraum und in Deutschland mehrten sich die Anzeichen, daß der Tiefpunkt der konjunkturellen Delle durchschritten ist und die Wirtschaft auf den im vergangenen Jahr eingeschlagenen Aufschwungspfad zurückkehrt.

Die konjunkturelle Wende in Deutschland kommt aus dem Bereich, in dem auch die Dämpfung des Aufschwungs 1998 ihren Anfang genommen hatte: von der Auslandsnachfrage. So zieht die Ausfuhr seit dem Frühjahr wieder an und die Bestellungen aus dem Ausland sind weiter aufwärts gerichtet. Die direkten und indirekten Effekte des negativen externen Nachfrageschocks aus den internationalen Krisenregionen einschließlich der Drittmarkteffekte sind gebannt. Die mit Verzögerung wirksamen Krisenfolgen werden dagegen die Konjunktur in Deutschland noch einige Zeit belasten.

Der Exporteinbruch seit Sommer 1998 führte nicht in eine Rezession, da sich andere Rahmenbedingungen der Konjunktur, insbesondere im monetären Bereich, nicht nur nicht verschlechtert, sondern sogar verbessert haben. So versehen die niedrigen kurz- und langfristigen Zinsen die konjunkturellen Auftriebskräfte mit dem nötigen Schwung für die Rückkehr auf den Aufschwungspfad. Der hohe Grad an Preisniveaustabilität schränkt die Gefahr von Verspannungen ein.

Die günstigen monetären Rahmenbedingungen regen vor allem die Investitionsaktivitäten der Unternehmen an, die allerdings im Sommerhalbjahr 1999 zunächst die von den Krisengebieten ausgelösten gedämpften Absatzchancen mit Verzögerung zu spüren bekommen werden. Ausrüstungsinvestitionen und gewerbliche Bauinvestitionen dürften danach wieder verstärkt zunehmen. Der Wohnungsbau in Deutschland verläßt die Talsohle, die Erholung kommt allerdings aufgrund des anhaltend kräftigen Rückgangs in Ostdeutschland nur langsam voran.

Als Stütze der Konjunktur erweist sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Zwar blieb infolge des konjunkturellen Dämpfers ein beschäftigungsinduzierter Einkommenschub aus. Anregungen kommen jedoch aus den Einkommenssteigerungen infolge der höheren Lohnabschlüsse, der Entlastungen bei den direkten Steuern und Beiträgen zur Rentenversicherung sowie infolge der so-

zialpolitischen Maßnahmen. Die Ökosteuer wirkt leicht bremsend.

So konnte die Binnennachfrage während der konjunkturellen Delle zwar eigene Akzente setzen, sie waren aber nicht kräftig genug, den Einbruch im Auslandsgeschäft deutlich zu übertreffen. Zu Beginn des Jahres stagnierte deshalb die Produktion sogar. Seit dem zweiten Vierteljahr haben sich die Produktionsaktivitäten jedoch wieder beschleunigt, so daß das Bruttoinlandsprodukt 1999 um 1,7 vH größer sein wird als im Vorjahr. Mit zunehmender Dynamik der Exportkonjunktur wird für das Jahr 2000 ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,5 vH erwartet.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1999 und 2000

	1998	1999	2000
	<i>reale Veränderung geg. dem Vorjahr in vH, Preise 1995</i>		
Konsumausgaben der privaten Haushalte ^a	1,8	2,4	2,4
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,6	1,0
Anlageinvestitionen	1,8	2,2	2,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,6	5,2	4,9
Bauten	-3,8	0,0	1,0
Letzte inländische Verwendung	2,6	1,9	2,2
Ausfuhr	6,5	1,2	5,5
Einfuhr	8,0	2,2	4,7
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,7	2,5
	<i>Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Preisindex für die Lebenshaltung	1,0	0,6	1,1
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	35.999	36.088	36.196
Arbeitslose ^b	4.279	4.013	3.771
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote ^c	10,6	10,0	9,4

^a Einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck. – ^b Abgrenzung der Arbeitslosen nach dem Konzept der Bundesanstalt für Arbeit. – ^c Erwerbslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).
Quelle: Statistisches Bundesamt; 1999 und 2000: Prognose des IWH.

Der Verlust an Auftriebskräften hat auch den 1998 begonnenen Beschäftigungsaufbau gestoppt. Die Unternehmen haben wegen der eingetrübten

Absatzerwartungen sowie der gestiegenen Arbeitskosten infolge der kräftigen Tariflohnerhöhungen ihre Personaldispositionen überprüft und per saldo seit dem Winter keine neuen Einstellungen mehr vorgenommen. Die Belegschaften werden weitgehend durchgehalten. Mit Verzögerung wird auch die Arbeitsnachfrage auf das Wiederanziehen der Konjunktur reagieren. Im Durchschnitt des Jahres 1999 kommt es zwar zu einem Zuwachs an Beschäftigung, dieser ist jedoch in erster Linie auf eine starke Zunahme arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 1998 und die Aufrechterhaltung des hohen Standes in diesem Jahr zurückzuführen. Im kommenden Jahr wird sich die Lage am Arbeitsmarkt im Zuge der Festigung der Konjunktur deutlicher verbessern. Die registrierte Arbeitslosigkeit bildet sich in beiden Jahren stärker zurück als dies der Beschäftigungsaufbau erwarten läßt. Maßgeblich hierfür ist erneut der spürbare Rückgang des Arbeitsangebots.

Im Interesse der Stärkung des Beschäftigungsaufbaus ist die Lohnpolitik bei der nunmehr wieder anziehenden Konjunktur aufgerufen, nach den hohen Lohnabschlüssen zu Beginn des Jahres 1999 auf den Pfad der Lohnzurückhaltung zurückzukehren. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für den Euroraum insgesamt. Je geringer der Lohnkostendruck auf die Preise ist, desto länger kann auch der Aufschwung währen, ohne daß die EZB dämpfend wirken muß.

Das 30-Mrd.-DM-Sparpaket der Bundesregierung ist ein bemerkenswerter Konsolidierungserfolg, obwohl nicht alle darin enthaltenen Posten tatsächliche Ausgabenkürzungen sind. Auch deshalb sind die kurzfristig dämpfenden Effekte gering. Um die Wachstumsbedingungen zu verbessern, sollte eine Unternehmenssteuerreform, die den Unternehmenssektor als ganzes entlastet, bald umgesetzt werden. Werden hierfür die steuerlichen Mehreinnahmen des Jahre 1999 im Bundeshaushalt 2000 eingesetzt, so wird der Prozeß der Haushaltskonsolidierung dadurch nicht gefährdet.

Internationale Konjunktur

Weltwirtschaft: Nach Abkühlung Erholung in Sicht

Die weltwirtschaftliche Expansion hatte sich ab dem Sommer des vergangenen Jahres deutlich verlangsamt. Ursache dafür waren vor allem die Auswirkungen der Asienkrise, die als externer Nachfrageschock zu einer spürbaren Dämpfung der Ausfuhren der Industrieländer in diese Region geführt

haben, sowie Produktionseinbrüche in Südamerika und in Rußland. Der Rückgang bei den Exporten traf auch Westeuropa, wo sich die Konjunktur im Jahresverlauf zum Teil kräftig abschwächte. Hinzu kam die wechselkursbedingt verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit südostasiatischer Anbieter in Europa sowie auf Drittmärkten.

Diese Entwicklung hielt noch bis in die ersten Monate dieses Jahres an; seit dem Frühjahr mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die dämpfenden Effekte auslaufen und sich in der Weltwirtschaft die Auftriebskräfte durchsetzen.

In den wichtigsten asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern gewinnt die gesamtwirtschaftliche Expansion wieder an Fahrt, nachdem insbesondere bestehende Liquiditätsengpässe überwunden werden konnten. Begünstigend wirkt hier, daß die Perspektiven für die japanische Volkswirtschaft, die sich bereits im Vorfeld der Asienkrise in einem konjunkturellen Abschwung befand und darüber hinaus von dem Nachfrageeinbruch besonders stark betroffen war, wieder etwas günstiger sind. In Japan dürfte im Verlauf dieses Jahres die Talsohle erreicht und im kommenden Jahr die Rezession überwunden werden.

In den USA hielt die hohe wirtschaftliche Dynamik an, obwohl die Wirkungen des Nachfrageschocks bereits relativ früh spürbar wurden. Die Ausfuhren gingen im Sommerhalbjahr deutlich zurück, und die Konjunkturentwicklung flachte vorübergehend ab. Da aber die Inlandsnachfrage weiter kräftig stieg, übernahmen die USA im vergangenen Jahr die Rolle eines Stabilitätsankers für die Weltwirtschaft. Eine Fortsetzung des Aufschwungs in dem bisher zu beobachtenden Tempo ist allerdings nicht zu erwarten. Der private Konsum als treibende Kraft der Konjunktur erhält seine Impulse auch aus Vermögenseffekten am Aktienmarkt, die in der nahen Zukunft angesichts stagnierender Unternehmensgewinne und erhöhter Zinsen nachlassen werden. Nach einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,9 vH im vergangenen Jahr dürften in diesem 3,5 vH und im nächsten Jahr 2,5 vH erreicht werden.

Die Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs in Asien und in Rußland sowie der konjunkturellen Abschwächung in Westeuropa trafen 1998 auch die mitteleuropäischen Reformländer, wo sich der Produktionsanstieg deutlich abflachte.¹ Allerdings

¹ Vgl. BRÜGGEMANN, A.; WERNER, K.: Internationale Krise dämpfen Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1999, S. 15-24.

werden diese Länder von der im Jahresverlauf zu erwartenden Belebung in Westeuropa profitieren, so daß die Perspektiven insgesamt günstiger werden. Die Wirtschaftsleistung wird im kommenden Jahr wieder spürbar steigen.

Tabelle 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft

	1998	1999	2000
EU-Länder	2,8	1,8	2,5
darunter Euroraum	2,9	2,0	2,7
USA	3,9	3,5	2,5
Japan	-2,8	-0,5	0,5
Mittel- und Osteuropa ^a	2,1	1,6	2,8
Asien ^b	-2,2	1,7	3,5

^a Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Bulgarien. – ^b Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Hongkong, Malaysia, Singapur, Philippinen.

Quelle: OECD; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

Konjunktur im Euroraum durchschreitet die Talsohle

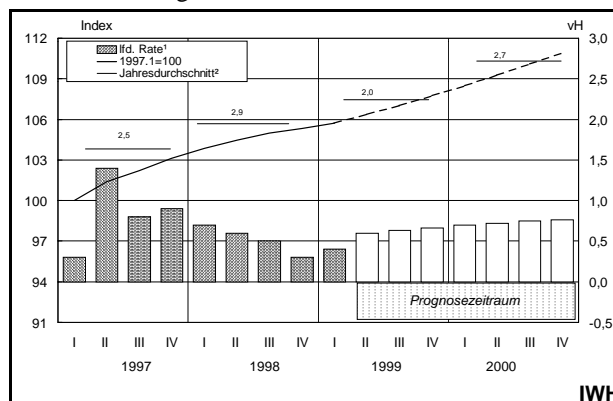
Der Nachfrageeinbruch in den Krisenregionen hat im Verlauf des vergangenen Jahres zu einem spürbaren Rückgang bei den Ausfuhren der Länder des Euroraums geführt. Durch das Übergreifen der dämpfenden außenwirtschaftlichen Effekte auf die Binnenkonjunktur wurde schließlich auch der innereuropäische Handel in Mitleidenschaft gezogen. Gestützt wurde die Konjunktur dagegen von der Inlandsnachfrage. So nahm der private Verbrauch – angeregt durch höhere reale verfügbare Einkommen – leicht beschleunigt zu. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden zunächst kräftig, im späteren Verlauf aber schwächer ausgeweitet.

Die weltwirtschaftlichen und monetären Rahmenbedingungen lassen erwarten, daß die Gesamtwirtschaft nach zunächst noch schwacher Aufwärtsentwicklung nunmehr beschleunigt expandiert. So werden vor allem die dämpfenden Auswirkungen der Asienkrise allmählich abklingen. Die Ausfuhren in die westeuropäischen Länder außerhalb des Euroraums werden im späteren Verlauf des Jahres wieder steigen. Der Absatz in den USA nimmt, wenn auch abgeschwächt, weiter zu. Der Handel innerhalb des Euroraums wird vor dem Hintergrund der wieder anziehenden Binnenkonjunktur insgesamt wieder stärker ausgeweitet werden.

Der private Verbrauch wird in diesem und im nächsten Jahr ähnlich stark wie 1998 ausgeweitet

werden. Die Anlageinvestitionen, die sich im Winterhalbjahr noch deutlich abgeschwächt hatten, werden sich im weiteren Verlauf dieses Jahres, begünstigt durch niedrige Zinsen und verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen, wieder erholen. Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird 1999 um 2 vH und im kommenden Jahr um 2,7 vH zunehmen.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum - Saisonbereinigter Verlauf -



¹ Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. – ² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

Tabelle 3:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

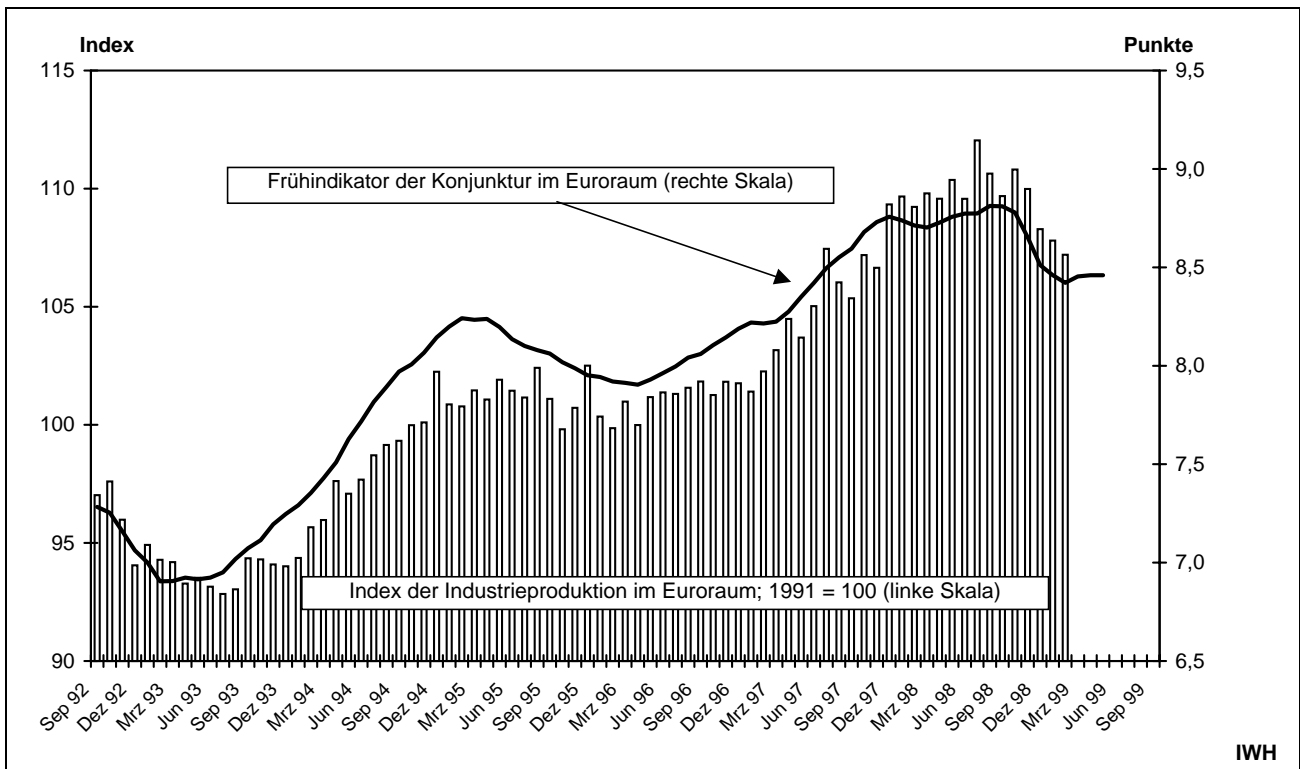
	1998	1999	2000
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in vH</i>		
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,0	2,7
Privater Verbrauch	2,8	2,9	2,8
Öffentlicher Verbrauch	1,4	1,3	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	4,0	3,0	4,0
Verbraucherpreise	1,2	1,0	1,4
	<i>in vH der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^a	11,0	10,3	9,8

^a Nach dem Eurostat-Konzept.

Quellen: OECD; Eurostat; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

Hinweise auf eine Konjunkturbelebung gibt auch der vom IWH regelmäßig berechnete Frühindikator der Konjunktur im Euroraum. Ausschlaggebend dafür ist vor allem das gestiegene Vertrauen in der Industrie vor dem Hintergrund einer verbesserten Auftragslage und wieder günstigerer Exportaussichten. Die für das erste Quartal 1999 verfügbaren Zahlen zeigen darüber hinaus, daß die

Abbildung 2:
IWH-Frühindikator der Konjunktur im Euroraum^a



^a Indikatorwerte auf der Zeitachse um vier Monate nach vorn versetzt.

Quelle: OECD; Berechnungen des IWH.

Zunahme des Bruttoinlandsprodukts erstmals seit Anfang 1998 wieder über dem Vorquartal liegt und der Rückgang der Kapazitätsauslastung zum Stillstand gekommen ist.

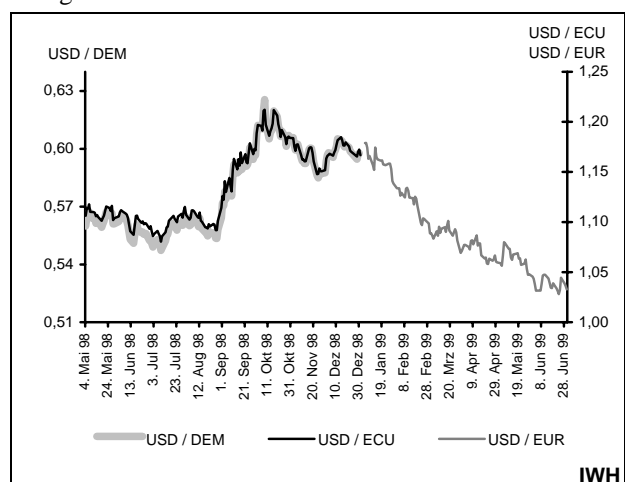
Euro mit Aufwertungspotential

Der Euro wertete in den vergangenen Monaten unter erheblichen Schwankungen weiter ab (vgl. Abbildung 3). Der entscheidende Grund dafür ist weiterhin das ausgeprägte konjunkturelle Gefälle zwischen den USA und dem Euroraum und die damit einhergehende erweiterte Zinsdifferenz zwischen den beiden Währungsräumen (vgl. Abbildung 4).²

Politische Ereignisse wie der Krieg im Kosovo und das von den EU-Finanzministern genehmigte erhöhte Budgetdefizit Italiens für dieses Jahr dürften den Euro ebenfalls geschwächt haben, aber diese Wirkung ist voraussichtlich nur temporär. Hier scheinen Erwartungen über die kurze Frist spekulationsbedingte Übersteigerungen zu erzeugen.

Denn weder der nunmehr beendete Krieg im Kosovo, noch das konjunkturell bedingt höhere Defizit Italiens gefährden die Geldwertstabilität im Euroraum.

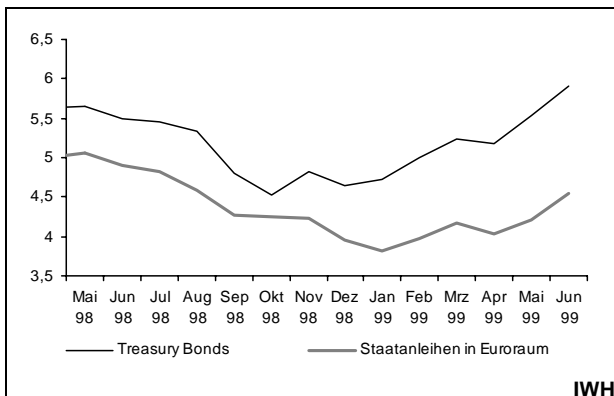
Abbildung 3:
Wechselkurs des US-Dollar zur D-Mark, zum ECU und zum Euro
- Tageswerte -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Kommission; Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

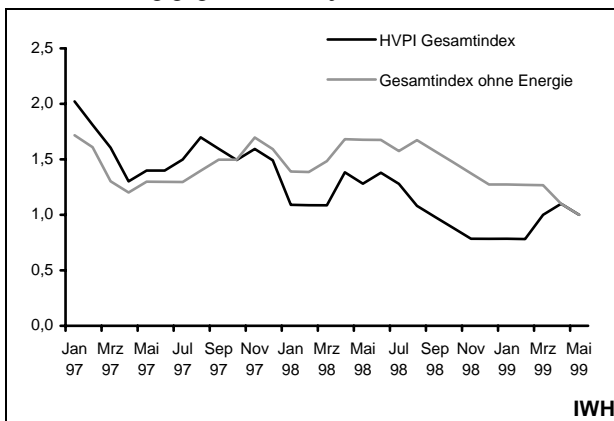
² Vgl. TOBER, S.: Europäische Geldpolitik: Expansiv und stabilitätsgerecht, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/1999, S. 9-13.

Abbildung 4:
Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum
und in den USA
- Monatsdurchschnittswerte in % -



Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Federal Reserve.

Abbildung 5:
Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in vH -



Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des IWH.

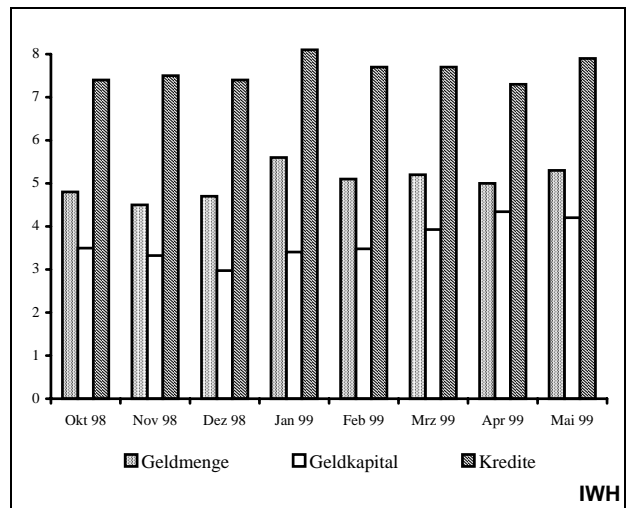
Anzeichen für eine nennenswerte Erhöhung der Inflationsdynamik sind nicht zu erkennen. Der Anstieg der Verbraucherpreise im Euroraum ist mit 0,9 vH gegenüber dem Vorjahresmonat im Durchschnitt der vergangenen sechs Monate und 1,0 vH am aktuellen Rand (Mai) sehr niedrig. Zwar wird sich der Anstieg des Ölpreises der vergangenen Monate direkt und indirekt über die Produktionskosten im Verbraucherpreisindex bemerkbar machen. Hierbei handelt es sich jedoch um einen Preisniveauschub, der sich nur vorübergehend auf die Inflationsrate auswirkt.

Im Durchschnitt dieses Jahres ist mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex um knapp 1 vH, im nächsten Jahr um rund 1,4 vH zu rechnen. Da sich die Schwäche des Euro nicht

auf mangelnde Geldwertstabilität gründet, dürfte der Euro im Prognosezeitraum mit der wirtschaftlichen Belebung im Euroraum sowie der Abnahme des Konjunktur- und Zinsgefälles zwischen dem Euroraum und den USA merklich an Wert gewinnen. Die zu erwartende Aufwertung des Euro dürfte ihrerseits den Preisauftrieb dämpfen.

Auch die monetären Indikatoren deuten nicht auf ein gestiegenes Inflationspotential hin. Sowohl die Geldmengen- als auch die Kreditentwicklung ist moderat. Dabei ist der Anstieg der Kreditgewährung an Private weiterhin lebhaft.

Abbildung 6:
Entwicklung der Geldmenge, des Geldkapitals bei den Banken^a und der Kredite an Gebietsansässige des Euroraums von Oktober 1998 bis Mai 1999^b
- Monatsendwerte, Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, in vH -



^a Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Ansässigen des Euroraums (ohne Zentralstaat) abzüglich Kapital und Rücklagen. Die Veränderungsrate des Geldkapitals wurden direkt aus den ausgewiesenen Monatsendbeständen errechnet, während im Falle von M3 und den Krediten auf die von der EZB berechneten und bereinigten Zuwachsraten zurückgegriffen wurde. - ^b Stand: 28. Juni 1999.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

Die kurz- und langfristigen Zinsen werden im Prognosezeitraum auf niedrigem Niveau bleiben, auch wenn die langfristigen Zinsen im Sog des Anstiegs der US-amerikanischen Kapitalmarktzinsen etwas anziehen. Für den späteren Verlauf des Prognosezeitraums ist mit einer leichten Zinserhöhung durch die EZB zu rechnen, mit der sie von dem gegenwärtig expansiven auf einen neutralen Kurs einschwenkt. Dabei wird unterstellt, daß die Lohnkostensteigerungen moderat bleiben und die Lohnstückkosten angesichts höherer Produktivitätszuwächse im Zuge der konjunkturellen Be-

schleunigung im Jahre 2000 wieder langsamer zunehmen als in diesem Jahr.

Die Verantwortung für die Kräftigung und Prolongierung des wirtschaftlichen Aufschwungs liegt nunmehr bei den finanz- und lohnpolitisch Verantwortlichen. Die Lohnpolitik spielt eine besonders bedeutsame Rolle, da sich ein Aufschwung in Abwesenheit eines Lohnkostendrucks sowohl selbst verstärken als auch verlängern kann und so die Eingliederung von Arbeitslosen und anderen nicht am Erwerbsleben beteiligter Personen in den Wirtschaftsprozeß ermöglicht.³

Finanzpolitik im Euroraum unter Konsolidierungsdruck

Im vergangenen Jahr hat sich im Euroraum das Defizit in den öffentlichen Haushalten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert. Allerdings beruht dies vorwiegend auf konjunkturbedingten Mehreinnahmen und Minderausgaben sowie einer spürbar gesunkenen Zinsbelastung. Bei der Rückführung der strukturellen Defizite wurden jedoch kaum noch Fortschritte erzielt. Im Prognosezeitraum ist in den meisten Ländern eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorgesehen.

Die Erfahrungen zeigen, daß hohe öffentliche Defizite und wachsende Schuldenquoten die Wirtschaftsperspektiven verschlechtern können und den Handlungsspielraum der Finanzpolitik einengen. Realwirtschaftlich kann es zu einer Einschränkung der Sachkapitalbildung kommen, wenn sich infolge anwachsender Schulden Ertragsersparungen und Zinsen ändern, so daß die Investitionen abnehmen (Crowding-Out-Effekt). Nicht zuletzt aus diesen Gründen wurde im Juni 1997 in Amsterdam der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen, der einen auf mittlere Sicht nahezu ausgeglichenen Haushalt verlangt.

Die EU-Länder haben deshalb im vergangenen Jahr Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorgelegt, die neben der aktuellen Haushaltslage auch die Finanzplanungen für die Zukunft enthalten. Die Regierungen sind demnach entschlossen, dauerhafte Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten zu erreichen und dadurch das ehemals stetige Anwachsen der Staatsverschuldung zu beenden.

Die geplanten Fortschritte bei der Reduktion der öffentlichen Defizite unterscheiden sich aber von Land zu Land erheblich.

Tabelle 4:
Finanzpolitische Ziele in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Euro-Länder

	Überschußquote (+) bzw. Defizitquote (-) des öffentlichen Haushalts in vH des Bruttoinlandsprodukts			
	1999	2000	2001	2002
Deutschland	-2	-2	-1 ½	-1
Frankreich	-2,3	-0,8
Italien	-2,4 ^a	-1,5	-1,0	..
Niederlande	-1,3	-1,1
Spanien	-1,6	-1,0	-0,4	+0,1
Belgien	-1,3	-1,0	-0,7	-0,3
Österreich	-2,0	-1,7	-1,5	-1,4
Finnland	+2,4	+2,2	+2,1	+2,3
Portugal	-2,0	-1,5	-1,2	-0,8
Irland	+1,7	+1,4	+1,6	..
Luxemburg	+1,1	+1,2	+1,3	+1,7

^a Das für 1999 anvisierte Defizitziel lag bei -2,0 vH.

Quelle: Europäische Zentralbank, Monatsbericht Mai 1999.

Vor diesem Hintergrund ist auch die jüngste Entscheidung der EU-Finanzminister, Italien für 1999 ein mit 2,4 vH höheres Defizit als die anvisierten 2,0 vH zuzugestehen, vielfach als ein Abweichen vom mittelfristigen Stabilitätspfad kritisiert worden. Italien begründete die Notwendigkeit eines höheren Defizits mit einem für dieses Jahr erwarteten geringeren Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt. Anstelle der den Finanzplanungen zugrunde liegenden 2,5 vH wird jetzt nur noch mit einem Anstieg um 1,5 vH gerechnet. Dieser Beschluß stellt zunächst keine unmittelbare Gefahr für den Stabilitäts- und Wachstumspakt dar, solange die Überschreitung des Sparziels von anderen Ländern nicht als Signal verstanden wird, in ihren Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen. Zudem wurde die für 2001 geplante Defizitbegrenzung von 1 vH des Bruttoinlandsprodukts ausdrücklich bestätigt. Das Beispiel Italien macht vielmehr deutlich, daß die den Konvergenzprogrammen zugrundeliegenden Annahmen über die mittelfristige Konjunktorentwicklung vielfach zu optimistisch sein können. Im Falle eines starken oder langanhaltenden Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit können sich damit die Spielräume für das Wirken der automatischen Stabilisatoren mit Blick auf die Einhaltung des Referenzwertes von 3 vH

3 INTERNATIONAL MONETARY FUND: World Economic Outlook: Chronic Unemployment in the Euro Area: Causes and Cures. Washington May 1999, S. 40 ff. – DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997. Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in ausgewählten Industrieländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/1997.

verringern. Da die strukturellen Defizite nach wie vor hoch sind, liegen hier erhebliche Gefahren für das Einhalten der in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen formulierten Absichten. Ziel der Finanzpolitik muß deshalb vor allem die konsequente Verringerung der um konjunkturelle Einflüsse bereinigten Defizite sein.

Konjunktur in Deutschland

Nach Flaute im Auslandsgeschäft ziehen deutsche Exporte wieder an

Seit Sommer 1998 hat das Exportgeschäft der deutschen Industrie unter der massiven Schrumpfung der Auslandsnachfrage infolge der internationalen Krisen deutlich gelitten. Dies zeigte sich zum einen unmittelbar im Rückgang der Ausfuhren in die Krisenregionen. Zum anderen führte die Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfelds auch zu einer Abkühlung der Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern, in deren Folge wesentlich weniger deutsche Produkte auf diesen Märkten nachgefragt wurden. Zudem führte die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit südostasiatischer Anbieter, die auf die massive Abwertung der Währungen in diesen Krisenländern zurückzuführen ist, zu einem Verdrängungswettbewerb mit deutschen Unternehmen auch auf Drittmärkten.

Tabelle 5:

Regionale Entwicklung der deutschen Warenausfuhr (Spezialhandel) im I. Quartal 1999

Region/Land	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in vH
EU-Länder	132,7	-0,7
Mitteeuropäische Reformländer ^a	15,2	1,4
Rußland	1,8	-58,6
USA	21,9	1,6
Südostasiatische Schwellenländer ^b	4,8	-18,3
Japan	4,9	-0,5

^a Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechische Republik. – ^b Thailand, Singapur, Philippinen, Indonesien, Malaysia, Südkorea.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

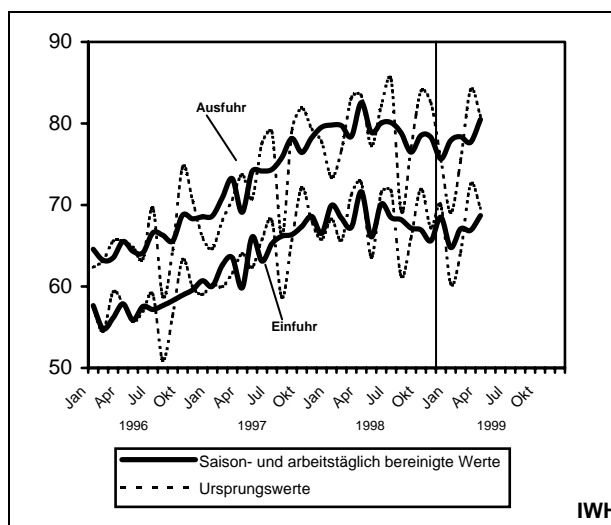
Im Zuge der Stabilisierung der Weltwirtschaft laufen die dämpfenden Effekte der internationalen Krisen auf den deutschen Export nunmehr langsam aus. Der Welthandel gewinnt allmählich wieder an

Fahrt. Diese weltwirtschaftlichen Besserungstendenzen werden sich belebend auf die deutsche Exportkonjunktur auswirken. Darauf deutet nicht nur der Anstieg der Auslandsorders in jüngster Zeit hin, sondern auch die Tatsache, daß nach kräftigen Einbußen besonders gegen Ende des vergangenen Jahres die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen im Verlauf von 1999 wieder leicht zugenommen hat.

Abbildung 7:

Warenausfuhr und Wareneinfuhr (Spezialhandel) Deutschlands

- Ursprungswerte, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte in Mrd. DM -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im weiteren Verlauf von 1999 und im Jahr 2000 werden sich die Nachfrageimpulse infolge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs und der wieder anziehenden Konjunktur bei den Haupthandelspartnern verstärken. Darüber hinaus wird die Stärke des Dollar zumindest im laufenden Jahr die Auslandsgeschäfte deutscher Unternehmen stimulieren. Mit wieder steigendem Euro-Kurs werden diese Effekte jedoch nachlassen. Nachdem die Lohnstückkosten in Deutschland zunächst mit einer ähnlichen Zuwachsrates zunehmen werden wie im Euroraum, werden sie im Jahre 2000 geringer ausfallen, so daß sich dann die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure gegenüber Anbietern aus dem Euroraum leicht verbessert. Alles in allem wird für das Jahr 2000 mit einer Erhöhung der Ausfuhr um 5,5 vH gerechnet, nach reichlich 1 vH in diesem Jahr.

Auch die Wareneinfuhren sind bis in die ersten Monate des laufenden Jahres hinein gesunken. Maßgeblich hierfür waren sowohl die schwächere

Binnenkonjunktur als auch die rückläufigen Exporte. Mit dem Anziehen der Inlandsnachfrage sowie einer höheren Exportdynamik werden auch die Einfuhren wieder stärker zunehmen. Insgesamt wird für 1999 mit einem Zuwachs von 2,2 vH gerechnet. Im Jahr 2000 dürfte er bei 4,7 vH liegen.

Tabelle 6:
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	1998	1999	2000
	<i>in Mrd. DM</i>		
Ausfuhr	1.073,7	1.086,9	1.146,8
Einfuhr	1.012,4	1.034,6	1.083,1
Außenbeitrag	61,3	52,3	63,7
	<i>Veränderung geg. Vorjahr in vH</i>		
Ausfuhr	6,5	1,2	5,5
Einfuhr	8,0	2,2	4,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Nur kurzwährende Schwächung der Ausrüstungsinvestitionen

Nach der aufgrund günstiger konjunktureller Rahmenbedingungen kräftigen Expansion der Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr hat sich ihre Entwicklung zu Beginn des Jahres 1999 deutlich abgeschwächt. Die von den internationalen Krisenregionen ausgehenden direkten und indirekten Effekte haben die Ertragsaussichten deutscher Unternehmen im Export eingetrübt und somit die Investitionsneigung gehemmt. Hinzu kamen kräftige Lohnsteigerungen sowie Unsicherheiten in der Steuerpolitik. Dies führte zu einer zunehmend pessimistischen Einschätzung der Geschäftserwartungen durch die Unternehmen. Die abnehmende Investitionsneigung schlug sich in bis zu Beginn dieses Jahres abnehmenden Auftragsengängen aus dem Inland bei den Investitionsgüterherstellern nieder. Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen⁴ im vierten Quartal des vergangenen Jahres noch mit knapp 2,8 vH gestiegen waren, nahmen sie im ersten Quartal 1999 saison- und arbeitstäglich bereinigt nur noch um 0,1 vH zu.

⁴ Die Ausrüstungsinvestitionen werden hier einschließlich der Investitionen in sonstige Anlagen ausgewiesen. Zu den Investitionen in sonstige Anlagen gehören nach Angaben des statistischen Bundesamtes Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter und Werterhöhungen nicht-produzierter Vermögensgüter. Da die sonstigen Anlagen eher zu den beweglichen Anlagen zu zählen sind, werden sie bei den Ausrüstungsinvestitionen berücksichtigt.

Die momentane Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen wird allerdings nur von kurzer Dauer sein. Die Finanzierungsbedingungen für Investitionen sind nach wie vor günstig. Die Zinsen befinden sich auf sehr niedrigem Niveau und werden bis Ende nächsten Jahres nur geringfügig steigen. Die Kosten der Unternehmen werden auch durch die nach dieser Prognose wieder moderater ausfallenden Lohnabschlüsse und höheren Produktivitätszuwächse im kommenden Jahr weniger belastet. Bei den Lohnnebenkosten, die im Rahmen der ersten Stufe der Ökosteuerreform in diesem Jahr abgesenkt wurden, sind weitere in diese Richtung gehende Reformschritte geplant. Diese Senkungen der Lohnnebenkosten werden allerdings an Erhöhungen der Energiesteuern gekoppelt, welche die Vorleistungen verteuern und damit die Kosten erhöhen. Von den im Prognosezeitraum fast unveränderten Rohstoffpreisen wird keine zusätzliche Kostenbelastung für die Unternehmen ausgehen. Mit der allmählichen Erholung in den internationalen Krisenregionen werden sich zudem die Absatzerwartungen stabilisieren. Auch von der wieder kräftigen Binnennachfrage, hier insbesondere vom privaten Verbrauch, werden im kommenden Jahr positive Effekte auf die Investitionen ausgehen.

Die bereits gesetzlich fixierten Änderungen des Einkommensteuerrechts wirken sich im Prognosezeitraum für die Unternehmen insgesamt eher belastend aus, da die Gegenfinanzierung hauptsächlich sie trifft. Die hieraus entstehende Kostenbelastung wirkt negativ auf die Investitionsneigung. Die vor diesem Hintergrund geplante Unternehmenssteuerreform stellt den Unternehmen allerdings niedrigere Steuersätze in Aussicht. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung umfassen vor allem Einschränkungen der Abschreibungsmöglichkeiten, welche die Kapitalkosten erhöhen. Insgesamt zeichnet sich durch dieses Reformvorhaben aber eine Entlastung der Unternehmen ab, was sich positiv auf die Ertragserwartungen und die Investitionsneigung auswirken wird. Angesichts der sich durch die Unternehmenssteuerreform verschlechternden Abschreibungsmodalitäten und geringeren Steuersätze ist zudem mit Vorzieheffekten bei den Investitionen zu rechnen.

Insgesamt dürfte die erwartete Rentabilität von Sachanlagen im Prognosezeitraum wieder zunehmen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung wird auch die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung steigen und somit Erweiterungsinvestitionen stimulieren. Zudem waren die Geschäftsaussichten zuletzt wieder etwas weniger pessimistisch.

stisch, und die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern aus dem Inland entwickelten sich seit Januar dieses Jahres in der Grundtendenz aufwärts gerichtet. Nach einem Zuwachs im Jahr 1999 von 5,2 vH werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2000 mit 4,9 vH steigen.⁵

Tabelle 7:

Entwicklung der Anlageinvestitionen in Deutschland - Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preisen 1995 -

	1998	1999	2000
Ausrüstungsinvestitionen ^a	10,6	5,2	4,9
Bauinvestitionen	- 3,8	0	1,0
Nichtwohnbauten	- 4,1	- 0,2	1,2
Wohnbauten	- 3,6	0,2	0,8
Anlageinvestitionen	1,8	2,2	2,6

^a Einschließlich sonstige Anlagen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Bauinvestitionen: Allmähliche Belebung

Die konjunkturelle Delle hat auch Spuren bei den Bauinvestitionen hinterlassen. Ihr Rückgang hatte sich aber 1998 vor allem aufgrund des starken Einbruchs der Baunachfrage in Ostdeutschland noch einmal verstärkt. Im Prognosezeitraum werden sich die Bauinvestitionen in Deutschland im Zuge der allgemeinen Belebung der Konjunktur allmählich erholen. Ein Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg ist aber erst im Jahre 2000 zu erwarten.

Auf eine Tendenzwende verweisen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im ersten Vierteljahr 1999, die saisonbereinigt um 1,3 vH gegenüber dem Vorquartal bzw. um 2,6 vH gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben. Insbesondere lagen sie im Straßenbau zu Jahresbeginn deutlich über Vorjahresniveau. Die bereits seit Mitte vergangenen Jahres aufwärtsgerichtete Tendenz im gewerblichen Hochbau hat sich fortgesetzt, dazu beigetragen haben vor allem größere Verkehrsprojekte der Deutschen Bahn AG. Darüber hinaus deutet sich im Wohnungsbau ein moderater Anstieg an. Angesichts der schwachen gesamtwirtschaftlichen Expansion und aufgrund dämpfender Effekte vom ostdeutschen Baumarkt ist insgesamt für 1999 aber nur eine Stabilisierung der Baunachfrage auf Vorjahresniveau zu erwarten.

⁵ Die kurzfristig schwache Dynamik im Jahr 1999 wird durch einen Überhang überzeichnet, der infolge der hohen Zuwachsraten im Jahr 1998 entstanden ist.

Im Jahre 2000 dürften sich die baukonjunkturellen Auftriebskräfte in Deutschland nach fünf Jahren Schwäche aber wieder sichtbar verstärken. Insbesondere wird sich der westdeutsche Wirtschaftsbaubau bei niedrigen Zinsen und angesichts wieder kräftiger steigender Ausrüstungsinvestitionen und somit mittelfristig erforderlicher Kapazitätsanpassungen beleben. So signalisiert die Genehmigungsstatistik bereits seit längerem eine Aufwärtstendenz beim Bau von Fabrik- und Werkstattgebäuden, zuletzt auch bei Büro- und Verwaltungsgebäuden. Ausschlaggebend für die Tendenzwende im Wohnungsbau ist vor allem der Einfamilienhausbau und die Modernisierung des Altbestandes. Sie werden von den merklich steigenden Realeinkommen, niedrigen Hypothekenzinsen, zunehmend kostengünstigen Bauweisen und vom äußerst moderaten Baupreisanstieg begünstigt. Angesichts zum Teil bestehender Angebotsüberhänge neigt dagegen der deutsche Geschloßwohnungsbau wegen der moderaten Mietentwicklung und der Minderung der steuerlichen Anreize weiterhin zu Schwäche.

Nachfrage der privaten Haushalte stärkt die Konjunktur

Der private Konsum war im vergangenen Jahr nach einer schwachen Entwicklung im Jahr 1997 wieder eine deutlichere Stütze der Konjunktur. Auch im laufenden und im kommenden Jahr ist vom privaten Verbrauch ein wesentlicher Wachstumsbeitrag für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erwarten.

Im ersten Quartal 1999 legten die Konsumausgaben der privaten Haushalte nominal mit 2,7 vH und real mit 2,2 vH gegenüber dem Vorjahresquartal kräftig zu. Der Anstieg wäre noch stärker ausgefallen, wenn die Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht durch die Wirkung des Nachfrageeinbruchs auf den Auslandsmärkten hinausgezögert worden wäre. Die saisonbereinigte Verkaufsrate signalisiert jedoch mit 0,4 vH keinen Abbruch der günstigen Konsumententwicklung. Dazu beigetragen haben die zum 1. Januar 1999 in Kraft getretenen steuerlichen Entlastungen der Einkommen und die Heraufsetzung des Kindergeldes. Die Käufe im Einzelhandel stiegen nominal wie auch real im ersten Quartal 1999 um 1,7 vH und setzten somit die 1998 begonnene leicht positive Entwicklung (nach sechs rückläufigen Jahren) fort. Insbesondere profitierte der Handel mit Brennstoffen, bei dem der niedrige Ölpreis und vorgezogene Käufe wegen der Ökosteuer ab 1. April 1999 zu

einem Plus von 16 vH führten. Starke Einbußen von ca. 6 vH hatte dagegen der Einzelhandel mit Möbeln und Hausrat zu verzeichnen. Die Neuzulassungen von PKW, die ein weiterer wichtiger Indikator des privaten Verbrauchs sind, waren im ersten Quartal rückläufig. Jedoch ist es im April mit über 20 vH und im Mai mit rund 7 vH zu einem merklichen Anstieg bei den Käufen von Personenkraftwagen im Vergleich zum Vorjahr gekommen.

Angeregt durch die deutlich verbesserte Einkommensentwicklung wird sich die Nachfrage der privaten Haushalte im weiteren Verlauf des Jahres 1999 auf dem hohen Niveau des 1. Quartals halten, und die realen Konsumausgaben werden jahresdurchschnittlich um rund 2,4 vH zulegen.

Angesichts der im April bzw. Juni 1999 wirksam gewordenen Neuabschlüsse großer Tarifbereiche wie Metallindustrie, öffentlicher Dienst und chemische Industrie, die erstmals seit vielen Jahren eine reale Erhöhung der Stundenlöhne von durchschnittlich über 2 vH beinhalten, sowie der leichten Belebung am Arbeitsmarkt dürfte die Brutto-lohn- und -gehaltsumme in diesem Jahr mit rund 3 vH (1,6 vH in 1998) merklich zunehmen. Die Nettolöhne und -gehälter dürften aufgrund der steuerlichen Entlastungen zu Jahresbeginn und der Senkung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung ab April 1999 um 0,4 vH (Arbeitnehmeranteil) jahresdurchschnittlich noch stärker als die Brutto-löhne ansteigen.⁶ Auch die übertragenen Einkommen werden beschleunigt expandieren. So wurde das Kindergeld angehoben und die Alters- und Hinterbliebenenrenten werden zur Jahresmitte stärker erhöht als in den Vorjahren.

Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um knapp 3,5 vH ansteigen und die Zunahme der privaten Konsumausgaben bei gleichbleibender Sparquote in ähnlicher Größenordnung anregen.

Im nächsten Jahr werden die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte etwas stärker als in diesem Jahr steigen, real dürften sie sich aber infolge des Anziehens der Verbraucherpreise ähn-

lich wie 1999 entwickeln. Absehbar ist trotz der zu erwartenden geringeren Tarifneuabschlüsse eine deutliche Expansion der Nettoeinkommen aufgrund der weiteren steuerlichen Entlastung der Einkommen (Erhöhung des Grundfreibetrages auf 13.499 DM, Absenkung der Eingangs- und Spitzensteuersätze auf 22,9 vH bzw. 51 vH) sowie der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Bei den übertragenen Einkommen dürfte die Erhöhung des Kindergeldes im Rahmen des Familienleistungsausgleichs von 250 DM auf 270 DM die geplanten Einschnitte bei den Lohnersatzleistungen (Streichung der originären Arbeitslosenhilfe) und die Begrenzung des Rentenanstiegs auf den Inflationsausgleich zum 1. Juli 2000 nur zu einem Teil wettmachen, so daß die Transferzahlungen des Staates an private Haushalte schwächer ansteigen werden als 1999. Dennoch dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auch wegen des wieder zunehmenden Anstiegs der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen stärker expandieren als im Jahr 1999.

Gesamtwirtschaftliche Produktion wieder stärker

Die konjunkturelle Entwicklung hat zu Beginn des Jahres ihren Tiefpunkt erreicht. Zwar gingen von der Binnennachfrage Impulse aus, sie waren jedoch nicht kräftig genug, die Einbrüche im Export mehr als wettzumachen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte deshalb gegenüber dem Vorquartal.

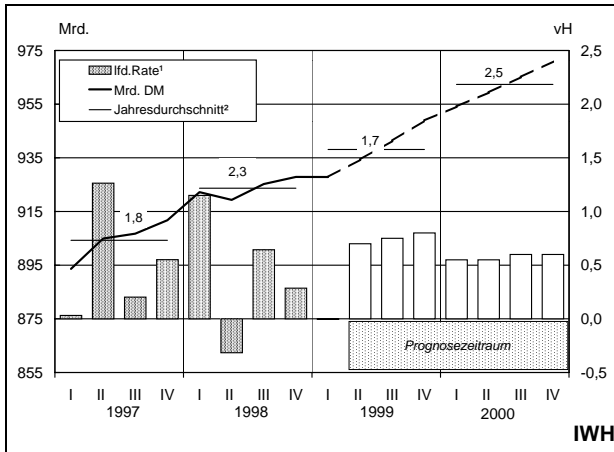
Seit dem zweiten Vierteljahr expandieren die Produktionsaktivitäten jedoch wieder kräftiger. Darauf deuten vor allem die wachsenden Auftrags-eingänge hin. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird der Aufschwung dann allmählich auch wieder von der zunehmenden Auslandsnachfrage getragen, so daß sich der Produktionsanstieg wieder verstärkt. Im Jahresdurchschnitt ist ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukt von 1,7 vH zu erwarten. In Ostdeutschland fällt die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr mit 2 vH etwas höher aus als in Westdeutschland, da sich hier die dämpfenden Einflüsse von den Auslandsmärkten vergleichsweise weniger bemerkbar machen.

Im kommenden Jahr wird sich der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg verstärken. Im Zuge einer lebhafteren Inlands- und Auslandsnachfrage wird vor allem die industrielle Fertigung zunehmen. Insgesamt ist für das Jahr 2000 mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 vH zu rechnen. Dabei fällt der Anstieg der gesamtwirt-

⁶ Mit der Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) fällt der vierteljährliche Ausweis der Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltsumme weg. Darüber hinaus stellt das Statistische Bundesamt Neuberechnete Daten zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erst im Herbst zur Verfügung. Somit lassen sich Aussagen zur Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in dieser Prognose nur unscharf treffen, und es können nicht wie sonst üblich die Komponenten des verfügbaren Einkommens prognostiziert werden.

schaftlichen Produktion in den neuen Ländern ähnlich hoch aus wie im früheren Bundesgebiet.

Abbildung 8:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt -



¹ Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala. – ² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose.

Tabelle 8:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1995 -

	1998	1999	2000
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	5,2	0,2	3,1
Baugewerbe	-4,8	-0,2	1,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	3,2	2,5	3,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,5	3,5	3,9
Öffentl. und priv. Dienstleister	0,5	0,4	0,9
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,7	2,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Beschäftigungsaufbau unterbrochen

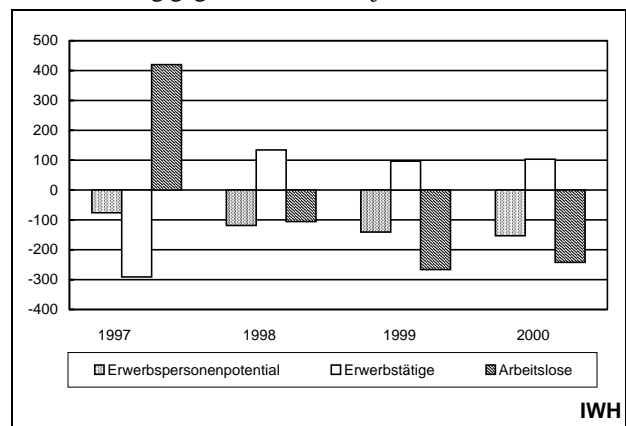
Mit der Produktionsschwäche ist die seit Anfang 1998 zu beobachtende Besserung am deutschen Arbeitsmarkt ins Stocken geraten. Nachdem im Verlauf des vergangenen Jahres die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um etwa 280.000 Personen zugenommen hatte, ist der Beschäftigungsaufbau Anfang 1999 zum Erliegen gekommen.⁷ Darüber hinaus haben in diesem Jahr die

⁷ Für das erste Quartal 1999 konnten seitens der amtlichen Statistik noch keine Angaben zur Erwerbstätigkeit berichtet werden, da Daten über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt

kräftigen Tariflohnerhöhungen den Faktor Arbeit deutlich verteuert. Es kam jedoch per saldo zu keinem neuen Beschäftigungsabbau, auch weil die Hersteller handelbarer Güter ihre Wettbewerbsposition – gemessen an den Lohnstückkosten – in den beiden Jahren davor gestärkt hatten.

Die Arbeitsmarktlage wird sich 1999 nur allmählich verbessern. Erst in der zweiten Jahreshälfte wird es im Zuge der konjunkturellen Belebung zu einer leichten Zunahme der Erwerbstätigenzahl kommen. Im Verlauf des Jahres 2000 wird sich der Beschäftigungsaufbau verstärken, so daß im Durchschnitt des Jahres 2000 die Erwerbstätigkeit in Deutschland um etwa 100.000 Personen den Vorjahresstand übertreffen wird. Der Zuwachs im ersten Arbeitsmarkt dürfte mit knapp 140.000 Beschäftigungsverhältnissen höher sein.

Abbildung 9:
Entwicklung des Arbeitsangebots, der Erwerbstätigkeit und der registrierten Arbeitslosigkeit in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000 Personen -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Die registrierte Arbeitslosigkeit bildet sich – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportional zurück. Maßgeblich hierfür ist der starke Rückgang des Arbeitsangebots. Es sinkt insbesondere durch Altersstruktureffekte, die Verringerung der Zuwanderung von Aussiedlern und den Übergang in den vorzeitigen Ruhestand. Insgesamt wird sich 1999 die registrierte Arbeitslosigkeit um 266.000 und im Jahr 2000 um 242.000 gegenüber dem Vorjahr zurückbilden. Dennoch werden Ende 2000 saisonbereinigt noch etwa 3,6 Millionen Personen erwerbslos sein.

für Arbeit noch nicht vorliegen. Dies erschwert die Beurteilung der Arbeitsmarktlage am aktuellen Rand.

Tabelle 9:
Lohnstückkosten^a in Deutschland
- in vH -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	106,7	96,5	97,7	104,2	98,1	84,8	85,0	83,9	...
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	69,3	74,0	76,7	74,7	75,7	76,7	74,3	71,8	...
Baugewerbe	62,9	66,4	71,6	73,4	76,5	77,3	76,2	77,9	...
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	65,6	71,3	75,6	76,5	78,5	80,3	78,4	76,8	...
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	25,2	27,4	28,7	29,9	30,4	30,2	30,2	30,5	...
Öffentliche und private Dienstleister	68,6	72,5	75,8	76,9	79,2	80,6	81,9	82,9	...
Alle Wirtschaftsbereiche	58,1	61,8	64,1	64,5	65,5	65,6	64,6	63,9	64,9

^a Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in Relation zur Bruttowertschöpfung (nominal) je Erwerbstätigen. – ^b ohne Wohnungsvermietung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3.; Berechnungen des IWH, 1999; Prognose des IWH.

Tabelle 10:
Erwerbsbeteiligung in Deutschland
- Inländerkonzept -

	1996	1997	1998	1999	2000
	<i>in 1.000 Personen</i>				
Erwerbsfähige ^a	55.908	55.981	55.968	55.853	55.658
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt	35.735	35.495	35.550	35.588	35.726
<i>Arbeitslose</i>	3.965	4.385	4.279	4.013	3.771
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	99	109	104	101	101
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	111	79	52	38	27
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^b</i>	354	302	385	445	410
<i>Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten</i>	508	402	330	340	330
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	50	43	43	42	42
<i>Vorruheständler^c</i>	355	268	206	240	240
Unterbeschäftigung ^d	5.442	5.588	5.399	5.219	4.921
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit	382	368	356	344	340
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^e	41.448	41.372	41.253	41.113	40.960
<i>Pendlersaldo</i>	-60	-62	-64	-55	-60
	<i>in vH</i>				
Erwerbsbeteiligungsquote ^f	74,1	73,9	73,7	73,6	73,6
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^g	63,9	63,4	63,5	63,7	64,2
Erwerbstätigenquote insgesamt ^h	64,6	63,9	64,2	64,5	64,9
Unterbeschäftigungsquote ⁱ	13,1	13,5	13,1	12,7	12,0
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	74,7	80,4	81,2	78,8	78,7
Arbeitslosenquote ^k	10,1	11,2	10,9	10,3	9,7

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Einschließlich Arbeitslose nach § 428 SGB III. – ^d Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. – ^e Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^f Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^g Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – ^k Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000; Prognose des IWH.

Der Arbeitsmarkt wird weiterhin deutlich durch den massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente entlastet. Im Durchschnitt des Jahres 1999 werden in Deutschland etwa 445.000 Personen – darunter allein 360.000 Personen in Ostdeutschland – in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen gefördert. Dies ist seit 1992 die höchste Zahl öffentlich subventionierter Arbeitsverhältnisse. Eine Lösung für die angespannte Arbeitsmarktsituation stellen beschäftigungspolitische Programme jedoch nicht dar. Sie mildern lediglich kurzfristig die Probleme und verlagern deren Lösung in die Zukunft.

Stabiles Preisniveau

Der Anstieg der Verbraucherpreise befindet sich mit 0,4 vH im Durchschnitt der vergangenen sechs Monate auf einem historisch niedrigen Niveau. Dabei setzt sich die Zunahme des Preisniveaus zwar aus stark divergierenden Entwicklungen in den einzelnen Gütergruppen zusammen, die zugrundeliegende Dynamik ist jedoch ebenfalls sehr gering (vgl. Abbildung 10).⁸ Wie bereits im Jahre 1998 ging im ersten Quartal dieses Jahres ein stark dämpfender Effekt von den sinkenden Ölpreisen aus. Anders als im Vorjahr verringerten auch die sogenannten administrierten Preise insgesamt, in denen sowohl Heizöl als auch Kraftstoffe enthalten sind, den Anstieg der Verbraucherpreise.⁹ Während 1998 die kräftige Anhebung einiger administrierter Preise, insbesondere der Gesundheitspflege, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung sowie der öffentlichen Verkehrstarife, den Rückgang der Preise von Energieträgern überkompensierte, setzte sich die Wirkung der sinkenden Energiepreise infolge des schwächeren Anstiegs bzw. des Rückgangs der anderen administrierten Preise im ersten Quartal 1999 durch. Mit dem steigenden Ölpreis und der Einführung der Ökosteuer im April zogen die administrierten Preise im Anstieg dann mit dem

⁸ Die zugrundeliegende Inflationsdynamik, d. h. die Kerninflationsrate, kann durch das Herausrechnen besonders volatiler bzw. nicht marktmäßig bestimmter Preise ermittelt werden. Vgl. QUAH, D.; VAHEY, S. P.: Measuring core inflation. The Economic Journal. Royal Economic Society, Vol. 105/1995, Nr. 432, S. 1130-1144. – Vgl. CLAUS, I.: A Measure of Underlying Inflation in the United States. Bank of Canada, Working Paper 97-20, 1997.

⁹ Zur Abgrenzung der staatlich beeinflussten, sogenannten administrierten Preise siehe: SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1997): Jahresgutachten 1997/98, Anhang 5, Teil F.

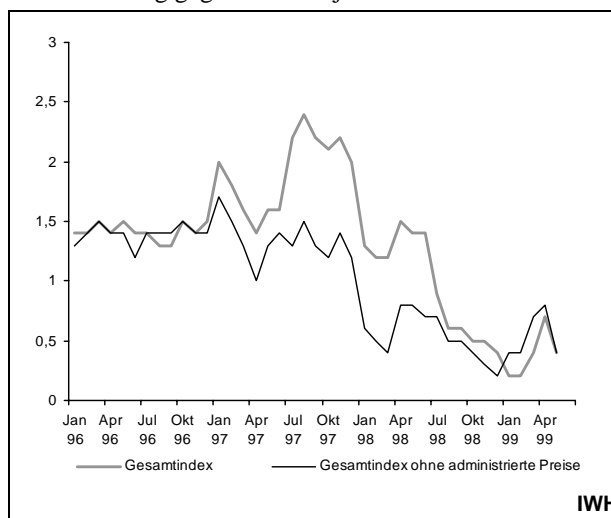
Gesamtindex nahezu gleich (0,7 vH gegenüber 0,8 vH) und im Mai kam es – insbesondere durch den erneuten deutlichen Rückgang der Telefongebühren – zu einem Gleichlauf.

In der üblichen Vorjahresmonatsbetrachtung der Preisniveauentwicklung wirken verschiedene Basiseffekte, deren Auslaufen zu Sprüngen in den Veränderungsraten führen können. Diese kompensieren sich im Prognosezeitraum allerdings zu einem erheblichen Teil, so daß der Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Jahr bei 0,6 vH und im Jahre 2000 bei 1 vH liegen wird, sofern es nicht zu einer weiteren Erhöhung des in den vergangenen Monaten bereits deutlich gestiegenen Ölpreises oder einem nennenswerten negativen staatlichen Einfluß kommt.

Abbildung 10:

Lebenshaltungspreise^a: Gesamtindex und Gesamtindex ohne administrierte Preise^b

- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in vH –



^a Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ^b In den administrierten Preisen, die ein Gewicht von 19,4 vH am Gesamtindex haben, sind auch die Preise für Energie und Kraftstoffe enthalten.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausschlaggebend für den niedrigen Preisanstieg waren im Jahre 1998 die sinkenden Lohnstückkosten und die verringerten Einfuhrpreise. In diesem Jahr werden die Lohnstückkosten nicht mehr sinken, sondern steigen, und auch die Einfuhrpreise dürften leicht zunehmen. Die Unternehmen sind zudem durch die Ökosteuer belastet. Da die Senkung der Lohnnebenkosten letzteres weitgehend kompensiert und die hohen Gewinnmargen einen Puffer bilden, ist angebotsseitig nicht mit einem nennenswerten Preisdruck zu rechnen. Dies gilt für den Prognosezeitraum insgesamt um so mehr, als die Lohnstückkosten im nächsten Jahr im Zuge der

mit der kräftigeren wirtschaftlichen Entwicklung einhergehenden höheren Produktivitätsentwicklung wieder leicht sinken werden. Zwar erhöhen sich die Preisspielräume der Unternehmen mit der konjunkturellen Festigung, angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks bleiben sie jedoch eng, zumal der Euro im Prognosezeitraum aufwerten und die zuletzt gestiegene Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gegenüber Anbietern außerhalb des Euroraums wieder schwächen dürfte. Innerhalb des Euroraums wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft infolge der unterdurchschnittlichen Inflationsentwicklung demgegenüber weiter verbessern.

Fiskalpolitik: Trotz Haushaltskonsolidierung Spielraum für Nettoentlastung

Die Fiskalpolitik sieht sich zwei Anforderungen gegenüber. Neben der wichtigen Aufgabe der Haushaltskonsolidierung muß entschieden werden, wie die steuerpolitischen Reformmaßnahmen weiterzuführen sind. Beide Bereiche sollen dazu beitragen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und so für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen.

Für 1999 weist der Bundeshaushalt einen Ausgabenanstieg von 6,3 vH auf. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß jetzt Ausgaben, die in der Vergangenheit den Sozialversicherungen angelastet oder in Sonderrechnungen gebucht wurden, wieder über den Bundeshaushalt abgewickelt werden, dem sie von der Sache her auch zuzuordnen sind. Diese Rückgliederung ist ausdrücklich zu befürworten. Um die Rückgliederungseffekte auszuklammern, ist das Konzept der „bereinigten Ausgaben“ geschaffen worden. In dieser Abgrenzung weist der Haushalt lediglich eine Ausgabensteigerung von 1,2 vH aus.

Im Jahre 1999 werden die laufenden Ausgaben überdurchschnittlich stark aus Privatisierungserlösen finanziert. Ab dem Jahr 2000 erfordert die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienleistungsausgleich Mehrausgaben, die dem Bundeshaushalt anzulasten sind. Damit zunächst der Haushalt 2000 ordnungsgemäß aufgestellt werden kann, wurde von der Bundesregierung insgesamt ein Einsparvolumen von 30 Mrd. DM abgeleitet. Dies ist ein sehr anspruchsvolles und mutiges Vorhaben, vor allem weil hierbei auch besonders sensible Bereiche – wie Transfers und Subventionen – einbezogen werden müssen.

Am 23. Juni 1999 stellte die Regierung die Eckwerte ihres ehrgeizigen Programms vor.¹⁰ Der Sozialetat soll mit einem Anteil von über 40 vH zu den Einsparungen beitragen. Die Begrenzung des Rentenanstiegs auf den Inflationsausgleich in den Jahren 2000 und 2001 führt im Jahre 2000 zu Einsparungen in Höhe von 2,8 Mrd. DM. Dies wird sich in geringeren Rentenzahlungen an die privaten Haushalte niederschlagen. Die Absenkung des zusätzlichen Bundeszuschusses zur Gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 1 Mrd. DM hat hingegen keine Auswirkungen auf die Transferzahlungen. Auch der Wechsel der Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge der Bezieher von Arbeitslosenhilfe von 80 vH des zuletzt bezogenen Bruttoentgelts auf 80 vH der jetzt bezogenen Arbeitslosenhilfe, wird sich im kommenden Jahr nur in niedrigeren Ausgaben des Bundes in Höhe von 4,5 Mrd. DM niederschlagen. Während die Leistungen und damit Ausgaben der Pflege- und Krankenversicherung an diesen Versichertenkreis von den geringeren Beitragszahlungen unberührt bleiben, wird es bei der Rentenversicherung erst mit Einsetzen des Rentenbezugs in späteren Jahren zu geringeren Transferzahlungen kommen. Die Einnahmen – und damit die Haushaltslage – der Sozialversicherung werden davon allerdings bereits im Jahr 2000 berührt.

Einsparungen sollen darüber hinaus beim Wohngeld erzielt werden. Hier werden allerdings keine Ausgaben gekürzt, sondern lediglich auf die Kommunalhaushalte verschoben. Andere Posten, wie die auslaufende Finanzierung des Eigenkapitalhilfeprogramms oder die Anpassung der Zuwendung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, sind gleichfalls keine echten Einsparungen. Ersteres ist bereits 1997 in das ERP-Sondervermögen integriert worden, sein Auslaufen ist daher zwangsläufig; letzteres stellt lediglich die Anpassung an einen geringeren Finanzbedarf dar. Die kurzfristig dämpfenden Effekte, die von dem 30-Mrd.-DM-Sparpaket auf die Gesamtwirtschaft ausgehen, sind denn auch wesentlich geringer, als sich auf den ersten Blick vermuten ließe. Aber auch wenn nicht alle Posten des Sparprogramms echte Ausgabenkürzungen sind, so ist der Konsolidierungserfolg bemerkenswert. Für das Jahr 2000 ist im Bundeshaushalt lediglich eine Neuverschuldung von 49,5 Mrd. DM geplant.

¹⁰ Vgl. Chronologie fiskalischer Maßnahmen seit dem Regierungswechsel, S. 18-20 in dieser Ausgabe.

Im Jahre 1999 werden die Steuereinnahmen allerdings höher sein, als bei der Aufstellung des Bundeshaushalts erwartet werden konnte. Auch unter Berücksichtigung der Mehrausgaben durch den Kosovo-Krieg werden die eingestellten Privatisierungserlöse nicht vollständig zur Finanzierung laufender Ausgaben gebraucht. Dafür nicht eingesetzte Beträge sollen nach den Plänen der Regierung zum Abbau von Schulden verwendet werden. Alternativ dazu könnten sie allerdings in das nächste Jahr verschoben werden. Auch die Ausgaben, die im Rahmen der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs entstehen, sind mit 3,8 Mrd. DM im Jahre 2000, von denen nur 1,6 Mrd. DM auf den Bundeshaushalt entfallen, wesentlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben. Unter Berücksichtigung der Konsolidierungsanstrengungen bietet so auch der Bundeshaushalt 2000 ausreichend Spielraum, um eine steuerliche Entlastung der Unternehmen vorzunehmen. Aus der Reform resultierende Wachstumseffekte werden letztendlich auch im Bundeshaushalt zu einer geringeren Anspannung beitragen.

Der Bundeshaushalt ist zudem nur ein Teil des öffentlichen Gesamthaushalts. Im gesamten Staatssektor wird das Defizit in Abgrenzung des ESVG auch unter Berücksichtigung des Kosovo-Krieges im Jahre 1999 unter der im Stabilitätsprogramm angestrebten Defizitquote von 2 vH liegen. Für das Jahr 2000, in dem die Defizitquote ebenfalls 2 vH betragen soll, ist sogar mit einer Unterschreitung um einen halben Prozentpunkt zu rechnen. Gesamtstaatlich ist eine Nettoentlastung der Wirtschaft durchaus möglich, zumal die Steuerreform auch in vorab festgelegten Stufen erfolgen kann, um Selbstfinanzierungseffekte zu nutzen.

Die Forderung nach einer Nettoentlastung gewinnt um so mehr an Gewicht, als die rückwirkend zum 1. Januar 1999 durchgeführte Einkommensteuerreform durch die Gegenfinanzierungsmaßnahmen für den Unternehmenssektor mit höheren Steuerzahlungen verbunden ist. Den Unternehmen wurde denn auch mehrfach in Aussicht gestellt, daß zum 1. Januar 2000 eine Unternehmenssteuerreform in Kraft tritt, die mit einer Nettoentlastung in nennenswertem Umfang verbunden ist. Will die Politik ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren und soll die Planungssicherheit für die Unternehmen nicht beeinträchtigt werden, so darf die Reform jetzt nicht unter Hinweis auf die finanzielle Anspannung des Bundeshaushalts verschoben werden. Dies gilt um so mehr, als die Unternehmen und Unternehmensverbände selbst Bereitschaft si-

gnalisiert haben, eine Unternehmenssteuerreform teilweise über den Abbau von Subventionen mitzufinanzieren.

Obwohl auch die Steuerreformkommission eindeutig den Auftrag hatte, sich auf Maßnahmen, die zum 1. Januar nächsten Jahres durchführbar sind, zu begrenzen, wurde in den Eckwerten festgelegt, daß die Reform erst zum 1. Januar 2001 erfolgen soll. Dies bedeutet, daß das Gesetzgebungsverfahren nicht vor Herbst nächsten Jahres abgeschlossen sein dürfte. Neben den für die Unternehmen per saldo belastenden Maßnahmen der Steuerreform 1999/2000/2002 würde die Unsicherheit über die weitere Entwicklung und konkrete Ausgestaltung der Unternehmensbesteuerung damit anhalten.

Haushaltskonsolidierung ist auch weiterhin dringend geboten. Dabei gehört eine Überprüfung aller Ausgaben ohne Tabus auf die Tagesordnung. Das jetzt beschlossene Sparpaket ist daher begrüßenswert, obwohl nicht alle darin enthaltenen Posten tatsächliche Ausgabenkürzungen sind. Die finanzielle Lage im öffentlichen Sektor erlaubt es aber dennoch, eine Unternehmenssteuerreform mit einer Nettosteuerentlastung vorzunehmen.

Arbeitskreis Konjunktur

*(Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,
Ruth Grunert, Ingrid Haschke, Brigitte Loose,
Christian Schumacher, Michael Seifert,
Silke Tober und Udo Ludwig)*

Zeitpunkt	Maßnahme	Inkrafttreten	Kassenmäßige Auswirkungen auf den öffentlichen Gesamthaushalt in Mio. DM Mehrausgaben oder Mindereinnahmen (-); Minderausgaben oder Mehreinnahmen (+)				
			1999	2000	2001	2002	2003
Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 einschließlich Steueränderungsgesetz 1998 und Steuerentlastungsgesetz 1999¹							
Dez. 1998	Steuerentlastungsgesetz 1998 Bemessungsgrundlage von Pensionsrückstellungen	1. Januar 1999	-734	-1.619	-6.475		
			-734	-1.619	-6.475		
März 1999	Steuerentlastungsgesetz 1999	1. Januar 1999	-7.770	-7.110	-7.130	-7.160	-7.230
	- Absenkung des Eingangsteuersatzes bei Einkommen- und Lohnsteuer auf 23,9 vH		-1.370	-1.310	-1.330	-1.360	-1.430
	- Anhebung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind von 230 DM auf 250 DM		-6.400	-5.800	-5.800	-5.800	-5.800
März 1999	Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2001 1. Stufe	1. Januar 1999					
	Entlastung:		-2.295	-3.988	-5.195	-5.385	-5.550
	- Absenkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 45 vH (Einkommensteuer)		-930	-1.120	-1.380	-1.500	-1.600
	- Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 45 auf 40 vH sowie des ermäßigten Steuersatzes für Gewinne von 42 auf 40 vH		-1.365	-2.868	-3.815	-3.885	-3.950
	Gegenfinanzierung:		+10.069	+22.567	+25.420	+36.393	+32.100
	- Änderung bei der steuerlichen Gewinnermittlung (§ 6 EStG)		+4.062	+7.160	+8.767	+11.377	+11.800
	- Streichung des ermäßigten Steuersatzes für außerordentliche Einkünfte		+1.289	+3.551	+6.350	+6.165	+5.800
	- Halbierung der Sparerfreibeträge	(1. Januar 2000)		+2.075	+3.070	+3.290	+3.350
	- Rest		+4.718	+9.781	+7.233	+15.561	+11.150
	2. Stufe	1. Januar 2000					
	Entlastung:			-13.550	-13.690	-14.310	-14.650
	Einkommensteuertarife			-13.550	-13.690	-14.310	-14.650
	- Anhebung des Steuerfreibetrages auf rd. 13.500 / 27.000 DM			-4.060	-3.870	-3.900	-3.930
	- Senkung des Eingangsteuersatzes auf 22,9 vH			-620	-570	-600	-610
	- Absenkung der Progressionszone			-6.280	-6.280	-6.420	-6.450
	- Senkung des Höchststeuersatzes auf 51 vH			-1.490	-1.630	-1.840	-2.000
	- Absenkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 43 vH			-1.100	-1.340	-1.550	-1.660
	3. Stufe	1. Januar 2002					
	Entlastung:					-28.150	-28.070
	Einkommensteuertarife					-28.150	-28.070
	- Anhebung des Grundfreibetrages auf rd. 14.000/28.000 DM					-5.220	-5.050
	- Senkung des Eingangsteuersatzes auf 19,9 vH					-1.860	-1.800
	- Absenkung der Progressionszone					-18.900	-18.900
	- Absenkung des Höchststeuersatzes auf 48,5 vH					-2.170	-2.320
Senkung der Lohnnebenkosten							
April 1999	Ökosteuern	1. April 1999	+8.400	+12.340	+12.330	+12.310	+12.300
	- Einführung einer Stromsteuer von 2 Pf/kWh, ermäßigter Satz für das Verarbeitende Gewerbe, Nachtspeicheröfen		+3.200	+4.500	+4.520	+4.540	+4.560
	- Erhöhung des Steuersatzes für Kraftstoffe um 6 Pf/Liter		+2.800	+4.250	+4.190	+4.120	+4.080
	- Erhöhung des Steuersatzes für Heizöl um 4 Pf/Liter		+1.000	+1.630	+1.600	+1.570	+1.530
	- Erhöhung des Steuersatzes für Erdgas um 0,32 Pf/ kWh		+1.400	+1.960	+2.020	+2.080	+2.130

Zeitpunkt	Maßnahme	Inkrafttreten	1999	2000	2001	2002	2003
	Gesetzliche Rentenversicherung						
	- Absenkung des Beitragssatzes um 0,8 Punkte	1. April 1999	-9.100	-12.400	-12.600	-12.640	-12.640
	Neuregelung der 630-DM-Jobs und der Scheinselbständigen	1. April 1999					
	- Mindereinnahmen an pauschaler Lohnsteuer aus den 630-DM-Jobs		-1.373	-2.110	-2.110	-2.110	-2.110
	- Zusätzliche Beiträge bei der Gesetzlichen Rentenversicherung		+1.900	+2.850	+2.850	+2.900	+2.900
	- Zusätzliche Beiträge bei der Gesetzlichen Krankenversicherung		+1.350	+2.000	+2.000	+2.000	+2.000
Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Sicherheit							
Juni 1999	Sparmaßnahmen²	1. Januar 2000		+30.080	+38.352	+41.885	+49.253
	- Anpassung der Bemessungsgrundlage für Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung für Arbeitslosenhilfebezieher von 80 vH des vor Arbeitslosigkeit bezogenen Bruttogehalts an den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe			+4.500	+4.400	+4.400	+4.300
	- Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe			+1.000	+1.300	+1.300	+1.300
	- Minderausgaben durch die Steigerung der Renten 2000 um 0,7 vH und 2001 um 1,6 vH in Höhe des Inflationsausgleichs			+1.000	+2.400	+1.700	+400
	- Folgewirkungen der Rentenanpassung 2000 und 2001			+1.800	+4.500	+5.100	+5.500
	- Absenkung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Gesetzliche Rentenversicherung			+1.000	+1.000	+1.000	
	- Einsparung bei Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (Bundesanteil und Anteil der Bundesanstalt für Arbeit)			+800	+1.100	+1.100	+1.100
	- Wohngeld			+2.255	+2.369	+2.469	+2.541
	- Einsparungen bei verschiedenen Titeln im Verteidigungsministerium (insbesondere Beschaffungen und Materialerhalt)			+1.266	+1.555	+1.940	+1.940
	- Globale Minderausgabe im Verteidigungsministerium			+2.228	+2.754	+3.068	+3.883
	- Anpassung der Zuwendung an die BvS			+915		+149	
	- Ausfinanzierung des Eigenkapitalhilfeprogramms			+549	+440	+363	+148
	- Reduzierung der PVM in der allgemeinen Finanzverwaltung			+2.000	+3.000	+4.000	+5.000
	- Rest			+10.767	+13.535	+15.297	+23.141
	Familienleistungsausgleich						
	1. Stufe 2000	1. Januar 2000					
	Entlastung:			-3.800	-5.335	-5.530	-5.720
	- Anhebung des Kindergeldes von 250 DM auf 270 DM			-3.800	-3.800	-3.800	-3.800
	- Anhebung des Betreuungsfreibetrags für Kinder unter 16 und behinderte Kinder über 16 Jahren				-1.535	-1.730	-1.920
	Gegenfinanzierung:						
	- Streichung der Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten				+170	+190	+220
	2. Stufe 2002	1. Januar 2002					
	Entlastung:						
	- Anhebung des Existenzminimums von 6.912 DM auf 7.452 DM je Kind; Erweiterung des Betreuungsfreibetrags auf Kinder über 16 Jahren, Einführung eines Erziehungsfreibetrags in Höhe von 2.052 DM je Kind					-720	-3.420
	Gegenfinanzierung:					+1.225	+2.520
	- Abbau des Haushaltsfreibetrags für Ledige mit Kindern von 5.616 DM auf 4.428 DM in 2002, auf 2.214 DM in 2003 und auf 0 DM in 2004					+435	+1.170
	- Rest					+790	+1.350

Zeitpunkt	Maßnahme	Inkrafttreten	1999	2000	2001	2002	2003
	Zukünftige Stufen der Ökosteuer in den kommenden vier Jahren erfolgt jeweils:	jährlich zum 1. Januar		+5.100	+10.500	+15.800	+21.200
	- Anhebung der Steuersätze für Kraftstoffe um 6 Pf/Liter			+4.000	+8.200	+12.400	+16.600
	- Anhebung des Steuersatzes auf Strom um 0,5 Pf/kWh			+1.100	+2.300	+3.400	+4.600
	Gesetzliche Rentenversicherung³ Senkung des Beitragssatzes um 0,1 Punkte	jeweils zum 1. Januar		-1.560	-6.320	-11.060	-15.800
	Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Punkte			-1.560	-1.580	-1.580	-1.580
	Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Punkte				-4.740	-4.740	-4.740
	Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Punkte					-4.740	-4.740
	Unternehmenssteuerreform 2001⁴ Maßnahmen, die nach Rechtsformen aufgeteilt werden können:	1. Januar 2001					
	Körperschaftgesellschaften:					-22.385	-30.735
	- Senkung des Thesaurierungssatzes in der Körperschaftsteuer von 40 auf 25 vH					-18.385	-19.735
	- Senkung des Ausschüttungssatzes von 30 auf 25 vH					-11.260	-14.365
	- Ersetzung des bisherigen Vollarrechnungsverfahrens durch das Halbeinkünfteverfahren					-4.215	-4.525
	- Regelung für den Übergang vom Vollarrechnungs- verfahren zum Halbeinkünfteverfahren					+90	+1.155
	Personengesellschaften:					-3.000	-2.000
	- Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns mit einem Steuersatz von 25 vH ⁵					-4.000	-11.000
	Maßnahmen zur Gegenfinanzierung, die den Unternehmenssektor als ganzes treffen:						
	Reformbedingte Finanzierungsmaßnahmen:					+9.115	+17.960
	- Senkung der Beteiligungsgrenzen für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften von 10 vH auf 1 vH					+4.640	+4.430
	- Abschaffung der Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte nach § 32 c EStG						+45
	- Abschaffung der Ansparabschreibung und der Sonderabschreibungen nach § 7 g EStG					+4.475	+3.660
	Sonstige Finanzierungsmaßnahmen:					+165	+725
	- Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von höchstens 30 vH auf höchstens 20 vH					+4.475	+13.530
	- Senkung der linearen Abschreibung für Gebäude im Betriebsvermögen von bisher 4 vH auf 3 vH					+3.975	+12.575
	- Verschärfung der Regelungen zur Gesellschafter- Fremdfinanzierung unter Erweiterung auch auf Betriebsstätten ausländischer Unternehmen und Personengesellschaften						+255
						+500	+700
	Sonstige Refinanzierung durch steuerliche Maßnahmen	1. Januar 2000		+1.070	+3.175	+5.885	+8.685
	- Anpassung der amtlichen Abschreibungstabellen an realitätsnähere Nutzungsdauern ab 1.1.2000			+880	+2.265	+4.775	+7.360
	- Wegfall der Steuerbefreiung für Zinserträge auf Kapitallebensversicherungen mit Ausnahme von Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht ⁶			+190	+410	+610	+825
	- Unbefristete Verlängerung des bisher auf vier Jahre befristeten Zinslaufes bei der Vollverzinsung					+500	+500

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IWH.

- 1) Die Anhebung des Grundfreibetrags zum 1. Januar 1999 war schon vor dem Regierungswechsel aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts beschlossen worden und ist daher nicht mehr aufgeführt.
- 2) Die folgenden Maßnahmen sind geplant, eine gesetzliche Festlegung ist noch nicht erfolgt.
- 3) Für die Beitragssatzsenkung bei der Gesetzlichen Rentenversicherung wurde angenommen, daß sie zeitgleich zur Erhöhung der Ökosteuer erfolgt.
- 4) Zahlen werden vom Bundesministerium der Finanzen unter dem Vorbehalt angegeben, daß das Planspiel erst abgewartet werden muß, damit Einzelfragen geklärt werden können.
- 5) Modell 2 (Trennungslösung) der Brühler Empfehlungen vom 30. April 1999.
- 6) Die Regelung sollte sich auf Neuverträge, die nach dem 22.06.1999 abgeschlossen werden, beziehen und steht bereits in Frage.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,4	0,3	0,3	0,6	-0,1	0,1	0,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,3	0,2	-0,6	0,6	-0,2	0,1	-1,3
Produktivität 1)	1,9	1,5	3,1	0,6	2,2	2,7	3,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2,3	1,7	2,5	1,3	2,0	2,8	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	2.164,5	2.233,1	2.313,0	1.088,6	1.144,5	1.127,8	1.185,2
Konsumausgaben des Staates	718,5	731,9	746,2	353,0	378,9	360,8	385,4
Bruttoanlageinvestitionen	792,7	805,0	830,1	384,5	420,5	394,4	435,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	334,8	350,6	367,8	166,7	183,9	173,6	194,1
Bauten	457,9	454,4	462,3	217,8	236,6	220,7	241,6
Vorratsveränderungen	59,1	62,0	64,0	35,8	26,2	39,9	24,1
Inlandsnachfrage	3.734,8	3.832,0	3.953,3	1.861,9	1.970,1	1.922,9	2.030,5
Außenbeitrag	64,6	63,9	63,3	31,7	32,3	30,5	32,7
Ausfuhr	1.089,5	1.096,9	1.171,3	530,3	566,6	572,6	598,7
Einfuhr	1.024,9	1.033,0	1.108,0	498,6	534,4	542,1	565,9
Bruttoinlandsprodukt	3.799,4	3.895,9	4.016,6	1.893,5	2.002,4	1.953,4	2.063,2

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	2,8	3,2	3,6	3,1	3,2	3,6	3,6
Konsumausgaben des Staates	0,4	1,9	2,0	1,4	2,3	2,2	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	1,6	3,1	1,7	1,4	2,6	3,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,8	4,7	4,9	6,7	3,0	4,2	5,6
Bauten	-4,3	-0,8	1,8	-1,8	0,2	1,4	2,1
Inlandsnachfrage	3,1	2,6	3,2	2,4	2,8	3,3	3,1
Ausfuhr	6,5	0,7	6,8	-2,0	3,4	8,0	5,7
Einfuhr	5,7	0,8	7,3	-2,0	3,5	8,7	5,9
Bruttoinlandsprodukt	3,4	2,5	3,1	2,3	2,7	3,2	3,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	2.068,8	2.117,5	2.167,4	1.036,3	1.081,2	1.061,1	1.106,3
Konsumausgaben des Staates	701,8	705,8	712,8	354,6	351,2	359,5	353,3
Bruttoanlageinvestitionen	802,2	819,8	841,5	391,2	428,5	400,7	440,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	337,7	355,2	372,5	169,0	186,2	176,0	196,5
Bauten	464,5	464,6	469,0	222,3	242,3	224,7	244,3
Vorratsveränderungen	59,9	60,0	63,0	31,8	28,2	36,9	26,1
Inlandsnachfrage	3.632,7	3.703,0	3.784,7	1.814,0	1.889,0	1.858,2	1.926,6
Außenbeitrag	61,3	52,3	63,7	22,7	29,6	30,3	33,4
Ausfuhr	1.073,7	1.087,0	1.146,8	527,6	559,4	563,3	583,5
Einfuhr	1.012,4	1.034,6	1.083,1	504,9	529,8	533,0	550,1
Bruttoinlandsprodukt	3.694,0	3.755,3	3.848,5	1.836,7	1.918,6	1.888,5	1.959,9
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	3.660,9	3.722,0	3.815,1	1.822,9	1.899,1	1.874,7	1.940,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	1,8	2,4	2,4	2,5	2,2	2,4	2,3
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,6	1,0	0,3	0,9	1,4	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,8	2,2	2,6	2,5	2,0	2,4	2,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,6	5,2	4,9	7,5	3,2	4,1	5,5
Bauten	-3,8	0,0	1,0	-1,1	1,1	1,1	0,8
Inlandsnachfrage	2,6	1,9	2,2	2,0	1,8	2,4	2,0
Ausfuhr	6,5	1,2	5,5	-0,8	3,3	6,8	4,3
Einfuhr	8,0	2,2	4,7	1,8	2,6	5,6	3,8
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,7	2,5	1,3	2,0	2,8	2,2
nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	1,9	1,7	2,5	1,3	2,1	2,8	2,2

4. Preisniveau der Verwendungskomponenten des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2)	0,9	0,8	1,2	0,6	1,0	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,5	1,3	0,9	1,1	1,4	0,8	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,6	-0,6	0,5	-0,7	-0,6	0,2	0,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,7	-0,4	0,0	-0,7	-0,1	0,0	0,1
Bauten	-0,5	-0,8	0,8	-0,7	-0,9	0,3	1,3
Inlandsnachfrage	0,5	0,7	0,9	0,4	0,9	0,8	1,1
Ausfuhr	-0,1	-0,6	1,2	-1,2	0,1	1,1	1,3
Einfuhr	-2,2	-1,4	2,5	-3,7	0,9	3,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,9	0,6	1,1	0,7	0,3	0,9

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

2) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 1999 und 2000: Prognose des IWH.

Konjunktur in Ostdeutschland 1999 und 2000: Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung setzt sich abgeschwächt fort

In der ostdeutschen Wirtschaft hält die konjunkturelle Spaltung zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe – allerdings in abgeschwächter Form – an. In diesem und im kommenden Jahr dürfte aber der Einfluß der Baurezession auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum nachlassen, vor allem weil sich der Rückgang der Bau nachfrage verlangsamt. Da jedoch die Industrie gleichzeitig Wachstumseinbußen im Gefolge der allgemeinen konjunkturellen Delle in Deutschland hinnehmen muß, wird sich die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 1999 mit 2 vH nicht beschleunigen. Erst im Jahr 2000 ist wieder mit einem etwas schnelleren Wachstum zu rechnen. Der Aufholprozeß kommt damit allerdings noch nicht wieder in Gang, da auch die Produktion im früheren Bundesgebiet in ähnlich starkem Grade anziehen wird.

Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche läßt im Prognosezeitraum keine Entspannung am ostdeutschen Arbeitsmarkt erwarten. Die Zahl der Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt wird sich 1999 nochmals um etwa 50.000 Personen verringern. Die Industrie, in der es 1998 zur Trendwende bei der Beschäftigung kam, dürfte 1999 zwar das zweite Jahr in Folge per saldo das Personal aufstocken, im Baugewerbe hält der Arbeitsplatzabbau wegen der Überkapazitäten jedoch an. Auch im öffentlichen Sektor wird der Personalbestand weiter reduziert. Erst im Jahr 2000 ist in Ostdeutschland im Zuge eines kräftigeren gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs eine Stabilisierung am ersten Arbeitsmarkt zu erwarten.

Trotz rückläufiger Erwerbstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt wird in diesem und im nächsten Jahr auch die Unterbeschäftigung sinken. Zwar wird die Teilnahme an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen 1999 im Jahresdurchschnitt nochmals über dem Vorjahresstand liegen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird jedoch infolge der Verringerung des Arbeitsangebots deutlich zurückgehen. Eine Ausweitung bzw. Verstärkung beschäftigungspolitischer Programme bietet mittelfristig keine Lösung der weiterhin angespannten Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Industrieproduktion weiterhin aufwärts gerichtet

Die konjunkturelle Delle hat auch die ostdeutsche Industrie erfaßt. Nach kräftigen Zuwächsen bis in den Herbst war die Produktion im Verarbei-

tenden Gewerbe im Verlauf des Winterhalbjahres 1998/99 rückläufig, wengleich aufgrund der geringeren Exportabhängigkeit weniger stark als in Westdeutschland. Besonders gab die Produktion von Verbrauchsgütern nach. Die Herstellung von Investitionsgütern rutschte in den Wintermonaten leicht ab, während sich die Produktion von Vorleistungsgütern und Gebrauchsgütern etwas erholte. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum blieb aber die Wertschöpfung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe im Plus.

Tabelle 1:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland¹
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1998	1999	2000
Produzierendes Gewerbe	2,9	1,4	3,1
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	11,9	4,2	6,4
Baugewerbe	-8,8	-3,1	-2,5
Handel und Verkehr	1,4	2,5	2,5
Dienstleistungsunternehmen	4,8	4,9	4,9
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck	-1,3	0,0	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,0	2,5

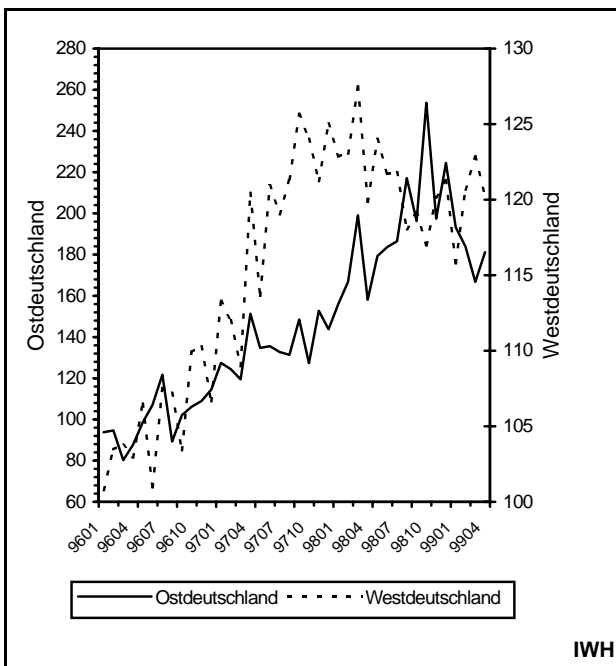
Quellen: Schätzung und Prognose des IWH.

Ausschlaggebend für die Produktionsschwäche war die leichte Schwäche der Inlandsnachfrage im Sommerhalbjahr 1998/99. Es dürften sich aber auch die Nachfrageeinbrüche vom Ausland auf die Ordertätigkeit der westdeutschen Industrie bei ostdeutschen Anbietern dämpfend ausgewirkt haben, die von der amtlichen Statistik als Teil der Inlandsbestellungen erfaßt wird. Dagegen hat der von den Krisenregionen ausgelöste direkte Einbruch der Auslandsnachfrage die ostdeutsche Industrie wohl mit Verzögerung erreicht. So blieben die Zuwächse der Auslandsbestellungen im Verarbeitenden Gewerbe bis zum Ende des vergangenen Jahres kräftig – im Durchschnitt stiegen sie um 43 vH gegenüber dem Vorjahr. Erst zu Beginn des

¹ Da die amtliche Statistik den Übergang zum ESVG 1995 in der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts nach Ländern noch nicht vollzogen hat, beziehen sich alle zahlenmäßigen Angaben in diesem Beitrag zu Produktion und Wertschöpfung in Ostdeutschland auf das nationale Gesamtrechnungssystem des Statistischen Bundesamtes.

Jahres 1999 gingen die Auftragseingänge aus dem Ausland zurück. Damit bekam die Nachfrage nach ostdeutschen Industriegütern aus dem Ausland wohl vor allem die Zweit- und Drittmarkteffekte der Krisen von den Auslandsmärkten in Westeuropa zu spüren. Infolge der konjunkturellen Abschwächung trafen weniger Aufträge an Investitionsgütern und Gebrauchsgütern ein.

Abbildung 1:
Auftragseingänge aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe^a
-Volumenindex: 1995=100: saisonbereinigte Werte -



^a Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

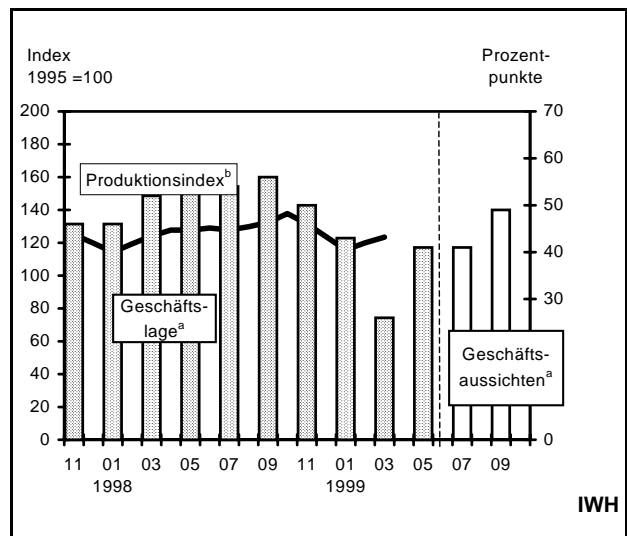
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Seit dem Frühjahr 1999 gibt es erste Anzeichen für das Ende der Eintrübung in der ostdeutschen Industrie. Die Wende deutete sich auch hier in dem Bereich an, von dem die konjunkturelle Delle in Deutschland ausging, bei der Auslandsnachfrage. Seit dem März nehmen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe wieder leicht, aus dem Ausland deutlicher zu. Verstärkt nachgefragt werden Vorleistungsgüter, ein Indiz für den nachfolgenden Produktionsauftrieb auch bei den Investitionsgütern und Konsumgütern.

Mit der Belebung der Konjunktur in Deutschland und auf den wichtigsten Auslandsmärkten der ostdeutschen Industrie in Westeuropa wird die industrielle Fertigung wieder an Fahrt gewinnen. Darauf deuten der noch kräftige Fluß der Bestellungen aus dem Inland und die vom IWH regelmäßig erfragten Geschäftsaussichten der ostdeutschen

Industrieunternehmen bis Herbst hin. Stützend wirkt die erneut steigende Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrieunternehmen, die, gemessen an den Lohnstückkosten, den westdeutschen Durchschnittswert 1999 erreichen dürfte. Die Dynamik der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird aber wohl nicht mehr so stark wie 1998 sein. Dazu trägt auch bei, daß Einmal-effekte aus der Produktionsaufnahme in neuen Investitionsobjekten nachlassen.

Abbildung 2:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – ^b Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Industrie-Umfrage und Berechnungen des IWH.

Abwärtstrend der Bauproduktion wird schwächer

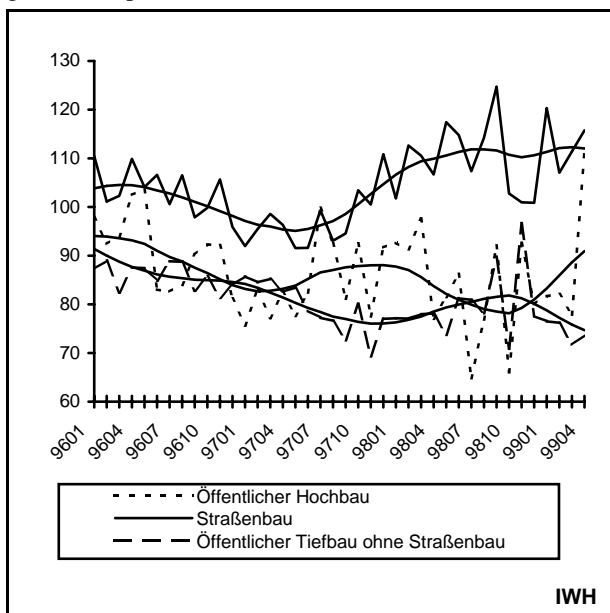
Infolge des kräftigen Rückgangs der Baunachfrage – vor allem nach der Einschränkung der Förderung im Mietwohnungsbau – war die ostdeutsche Bauproduktion mit einem Minus von fast 9 vH im vergangenen Jahr regelrecht eingebrochen und hatte das gesamtwirtschaftliche Wachstum stark belastet. Nach diesem radikalen Schnitt dürften die retardierenden Einflüsse auf den gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg im Prognosezeitraum schwächer werden.

Im ersten Vierteljahr 1999 lag die Produktion des Bauhauptgewerbes sogar etwas über dem Niveau im Vorquartal. Auf eine Tendenzwende kann daraus allerdings nicht geschlossen werden. Dieser Produktionsanstieg ist in erster Linie auf witterungsbedingte Vorzieheffekte, die mit den herkömmlichen Saisonbereinungsverfahren stati-

stisch nicht vollständig ausgeschaltet werden, und auf punktuell durchgeführte Großprojekte zurückzuführen. Auch die angespannte Lage im Ausbaugewerbe deutet darauf hin, daß die Talsohle am ostdeutschen Bau noch nicht erreicht ist. Lange Zeit von der Baurezession verschont, spürt es jetzt verstärkt Nachfrageausfälle. Die Umsätze des Ausbaugewerbes sind im ersten Quartal um mehr als 20 vH gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken, die Arbeitsstunden um nahezu 15 vH. Zum einen läßt die Investitionsbereitschaft aufgrund des entstandenen Überangebots an Wohnungen im Bestand und des starken Drucks auf die erzielbaren Mieten inzwischen nach. Zum anderen verläuft der Übergang im Fördersystem vom Abschreibungsmodell zur Investitionszulage nicht nahtlos.

Abbildung 3:

Auftragseingänge im ostdeutschen öffentlichen Bau
- Wertindex: 1995=100; saisonbereinigte Werte sowie glatte Komponente -



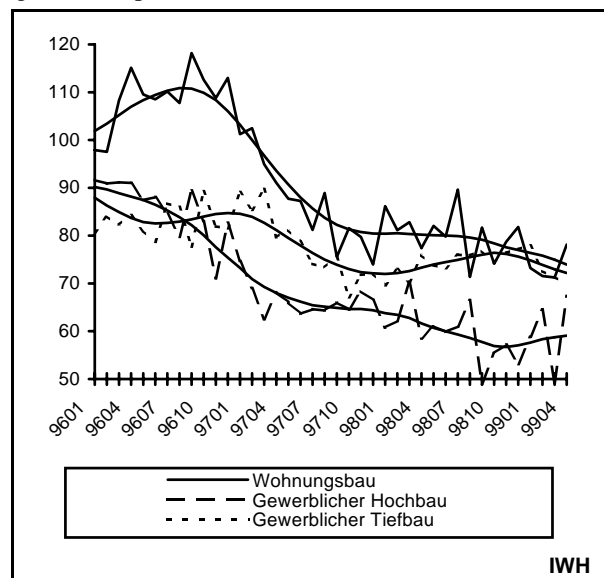
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Auf eine Schrumpfung der Produktion im weiteren Verlauf des Jahres weist auch der Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe hin. In den ersten vier Monaten verringerten sie sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum real um 3,6 vH. Das ist zu einem großen Teil auf die Nachfrageschwäche im Wohnungsbau zurückzuführen, der wegen der Änderung der Förderbedingungen einen Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 9 vH hinnehmen mußte. Leerstände und der Druck auf die Mieten deuten hier seit einiger Zeit darauf hin, daß die Inanspruchnahme der attraktiven Son-

derabschreibungen – vor allem im Mietwohnungsneubau – in den vergangenen Jahren zu Überkapazitäten geführt hat. Vor diesem Hintergrund wird die Nachfrage in diesem Segment weiter fallen. Auch der gewerbliche Bau bleibt mit einem Rückgang von 4 vH immer noch deutlich unter dem Stand in den ersten vier Monaten des Vorjahres. Demgegenüber wirken der öffentliche Bau und einzelne Großprojekte der Deutschen Bahn AG (gewerblicher Tiefbau) stabilisierend in der insgesamt schwierigen Situation im ostdeutschen Baugewerbe.

Abbildung 4:

Auftragseingänge im ostdeutschen Wirtschafts- und Wohnungsbau
- Wertindex: 1995=100; saisonbereinigte Werte sowie glatte Komponente -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

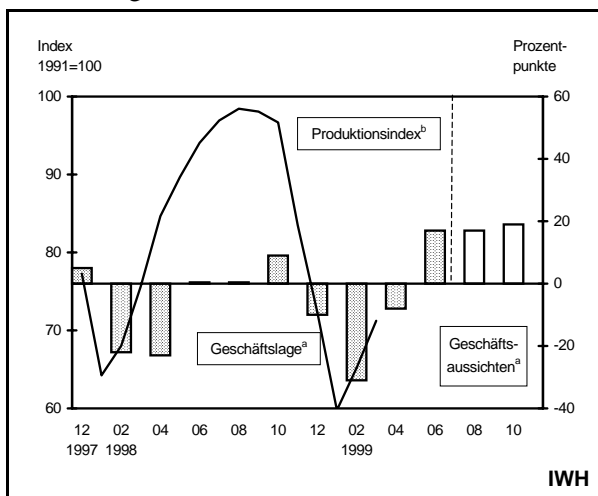
Alles in allem hält das IWH an seiner Prognose fest, daß sich der Nachfragerückgang 1999 und 2000 gegenüber dem Einbruch im Vorjahr mehr als halbieren wird. Dabei ist unterstellt, daß

- Bund, Länder und Gemeinden trotz zunehmender finanzieller Zwänge die wichtigsten Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern plangemäß umsetzen,
- die neuen institutionellen, finanz- und planungstechnischen Voraussetzungen im Bereich der Modernisierung, Sanierung und des Lückenbaus zügig durch alle beteiligten Akteure geschaffen und entsprechende Investitionen bereits im Verlaufe des Jahres 1999 auf den Weg gebracht werden,

- sich der Einfamilienhausbau bei niedrigen Zinsen sowie erschwinglichen Baupreisen auf dem erreichten hohen Niveau hält und
- dem seit 1995 anhaltenden Absturz im gewerblichen Bau zunehmend positive Impulse aus dem expandierenden Verarbeitenden Gewerbe entgegenstehen.

Auch die IWH-Umfragen zur Geschäftsentwicklung 1999 und zu den Geschäftsaussichten bis zum Spätsommer deuten auf eine leichte Abschwächung der rückläufigen Tendenz hin.

Abbildung 5:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe



^a Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – ^b Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Bauhauptgewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bau-Umfrage und Berechnungen des IWH.

Arbeitsmarktlage unverändert angespannt

Die Wachstumsschwäche der gesamtwirtschaftlichen Produktion spiegelt sich in der anhaltend angespannten Lage im ostdeutschen Arbeitsmarkt wider. In der Industrie wurde zwar das kräftige Plus an Produktion im vergangenen Jahr nicht allein durch Produktivitätsfortschritte erwirtschaftet, so daß auch die Beschäftigung erstmalig leicht zunahm. Im Bauhauptgewerbe und beim Staat wurden jedoch per saldo weitere Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt abgebaut. Der Beschäftigungsanstieg in den Dienstleistungsunternehmen dürfte bei weitem nicht den Rückgang der Erwerbstätigkeit im Baugewerbe und im öffentlichen Sektor kompensiert haben.

Gleichzeitig erhöhte sich 1998 die Unterbeschäftigung. Der Abbau von Beschäftigungsverhältnissen im ersten Arbeitsmarkt zeigte sich dabei

nicht in einem entsprechenden Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit, sondern er wurde vor allem durch die verstärkte Bewilligung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen aufgefangen. Wenngleich hier wegen Mitnahmeeffekten teilweise Arbeitsplätze durch den Staat mitfinanziert werden, die de facto dem ersten Arbeitsmarkt zuzurechnen sind, bleibt der hohe Stand der Beschäftigungsverhältnisse in diesem Segment des zweiten Arbeitsmarktes eine Belastung für die Wirtschaft. Im ersten Quartal 1999 verringerte sich die Zahl der staatlich subventionierten Arbeitsplätze zwar um 44.000 Personen. Dennoch sind gegenwärtig in Ostdeutschland noch immer etwa 6 vH der Erwerbstätigen im zweiten Arbeitsmarkt tätig; 1997 waren es lediglich 4 vH.

Die registrierte Arbeitslosigkeit bildete sich im ersten Quartal 1999 saisonbereinigt um knapp 4.000 Personen gegenüber dem Vorquartal zurück. Allerdings hat sich bei Betrachtung der saisonbereinigten Monatswerte der Trend bei der registrierten Arbeitslosigkeit seit April dieses Jahres wieder nach oben gewendet.

In diesem Jahr wird sich in Ostdeutschland die Zahl der Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt nochmals um etwa 50.000 Personen verringern. In der Industrie wird der Personalbestand zwar ausgeweitet, im Baugewerbe hält der Beschäftigungsabbau infolge der Überkapazitäten jedoch an. Auch im öffentlichen Sektor wird sich der Personalabbau fortsetzen. Erst im Jahr 2000 ist für Ostdeutschland im Zuge eines kräftigeren gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs eine Stabilisierung am ersten Arbeitsmarkt zu erwarten.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Prognosezeitraum abnehmen. Bei in diesem Jahr stagnierender und im Jahr 2000 nochmals rückläufiger Erwerbstätigkeit – am ersten und zweiten Arbeitsmarkt zusammengenommen – wird das Arbeitsangebot in Ostdeutschland in beiden Jahren weiter kräftig abnehmen.² Dies ist insbesondere auf die demographische Entwicklung sowie die veränderte Erwerbsbeteiligung zurückzuführen.³

Die Zahl der in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen geförderten Personen

² Vgl. BACH, H.-U.; MAGVAS, E.; PUSSE, L.; SPITZ-NAGEL, E.: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1998 und 1999, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1999, S. 9.

³ Vgl. SCHNEIDER, H.: Der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern. Probleme und Perspektiven, in: KfW (Hrsg.): Beiträge zur Mittelstands- und Strukturpolitik, Heft 9, S. 25 ff.

Tabelle 2:
Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland, Inländerkonzept

	1996	1997	1998	1999	2000
<i>in 1.000 Personen</i>					
Erwerbsfähige ^a	10.697	10.727	10.752	10.756	10.741
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt ^b	6.447	6.369	6.243	6.195	6.190
<i>Arbeitslose</i>	1.169	1.364	1.375	1.313	1.271
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	38	42	41	39	39
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	37	24	16	13	10
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	278	235	314	360	330
<i>Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten</i>	230	177	150	145	140
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	8	9	9	9	9
<i>Vorruheständler^d</i>	215	138	96	110	110
Unterbeschäftigung ^e	1.975	1.989	2.001	1.989	1.909
<i>Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit</i>	39	37	36	35	35
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^f	8.424	8.371	8.264	8.206	8.124
<i>Auspendler</i>	433	429	433	439	447
<i>Einpendler</i>	104	104	104	107	110
<i>in vH</i>					
Erwerbsbeteiligungsquote ^g	78,8	78,0	76,9	76,3	75,6
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^h	60,3	59,4	58,1	57,6	57,6
Erwerbstätigenquote insgesamt ⁱ	62,9	61,6	60,0	60,9	60,7
Unterbeschäftigungsquote ^k	23,4	23,8	24,2	24,2	23,5
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	61,1	70,7	70,8	68,0	68,6
Arbeitslosenquote ^l	15,3	17,6	17,8	17,1	16,8

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Schätzung auf der Grundlage der Angaben des Mikrozensus. – ^c Einschließlich Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^d Einschließlich Arbeitslose nach § 428 SGB III. – ^e Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. – ^f Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^g Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^k Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – ^l Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH, 1999 und 2000: Prognose des IWH.

wird trotz eines Rückgangs im Verlauf des Jahres 1999 im Jahresdurchschnitt um etwa 46.000 Personen über dem Vorjahreswert liegen. Staatliche Beschäftigungsprogramme werden auch im kommenden Jahr auf hohem, wenn auch leicht rückläufigen Niveau fortgeführt. Eine Ausweitung bzw. Verstärkung beschäftigungspolitischer Programme würde mittelfristig auch keine Lösung für die angespannte Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt bieten. Dafür sprechen in erster Linie die Verdrängungseffekte im ersten Arbeitsmarkt, die von der Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes ausgehen. Hinzu kommen die finanziellen Restriktionen angesichts der gegenwärtigen Sparzwänge in den öffentlichen Haushalten. Die hohen Kosten der staatlichen Beschäftigungsförderung verstärken darüber hinaus die angespannte Kassenlage der Bundesanstalt für Arbeit und erschweren eine Sen-

kung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Sie verhindern damit einen Impuls zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt.⁴ Schließlich trägt staatlicher Interventionismus zu einer Konservierung der strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt bei, indem er den Tarifpartnern die Möglichkeit schafft, einen Teil ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung auf den Staat zu überwälzen. Die Lösung nicht nur des ostdeutschen Beschäftigungsproblems muß daher am ersten Arbeitsmarkt gefunden werden.

*Hans-Ulrich Brautzsch,
Brigitte Loose, Udo Ludwig*

⁴ Vgl. SCHULTZ, B.: Kostenvergleich ABM – Arbeitslosigkeit aus der Sicht öffentlicher Haushalte, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/1997, S. 13-18.

Das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 verändert kaum das Konjunkturbild für Deutschland

Im April 1999 hat das Statistische Bundesamt für den Zeitraum von 1991 bis 1998 revidierte Gesamtergebnisse auf der Grundlage des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 veröffentlicht und zugleich das nationale System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (VGR) aufgegeben. Mit dem neuen ESVG 1995 wird die Methodik des gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens, das heißt die Konzepte, Definitionen, Klassifikationen und Buchungsregeln, in allen Staaten der Europäischen Union harmonisiert. Dies ist die Grundlage für eine zuverlässige und vergleichbare quantitative Beschreibung der Volkswirtschaften der Europäischen Union.

Verbunden mit dieser Revision waren nicht nur konzeptionelle Änderungen, bedingt durch neue Konzepte und Definitionen des ESVG, sondern auch datenmäßige Korrekturen, die durch die Einbeziehung neuer statistischer Berechnungsgrundlagen in großen Zeitabständen erforderlich werden. Hinzu kam die Umstellung der Berechnungen zu konstanten Preisen auf die neue Preisbasis 1995.¹

Mit der Umstellung der VGR auf das neue ESVG 1995 wurde zugleich die bisher vom Statistischen Bundesamt vorgenommene getrennte Darstellung wichtiger volkswirtschaftlicher Größen nach West- und Ostdeutschland eingestellt. Einmalig für das Jahr 1991 wird das Statistische Bundesamt zu einem späteren Zeitpunkt den getrennten Ausweis für die alten und neuen Bundesländer nach dem ESVG 1995 vornehmen. Damit liegen gegenwärtig keine, den revidierten Daten für Deutschland entsprechenden volkswirtschaftlichen Daten, wie das Bruttoinlandsprodukt oder die Bruttolohn- und -gehaltssumme, für West- und Ostdeutschland vor, und alle bis dato veröffentlichten Angaben sind nicht mehr aktuell. Vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder wird diese Lücke – jedoch mit zeitlicher Ver-

zögerung – durch revidierte Angaben der VGR der Länder geschlossen.

Die amtliche Statistik hat die Rückrechnung der relevanten Daten nach dem ESVG 1995 nur bis zum Jahr 1991 vorgenommen. Zwar ist die Umrechnung der Angaben für die Jahre vor 1991 prinzipiell möglich, lt. Aussagen des Statistischen Bundesamtes stehen jedoch hierfür in absehbarer Zeit keine finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung. Für längere Zeit wird insbesondere die ökonomische Modellierung mit einem Sprung zwischen den Daten von 1990 und 1991 leben müssen.

In diesem Beitrag wird dargelegt, wie sich die vorgenommenen Änderungen der VGR-Daten im Rahmen der Umstellung auf das neue ESVG 1995 auf den bisher bekannten Konjunkturverlauf des Bruttoinlandsprodukt und seiner Bestandteile ausgewirkt haben. Für diesen Vergleich wurden die alten VGR-Daten auf die Preisbasis 1995 umgerechnet und der Konjunkturverlauf saisonbereinigt².

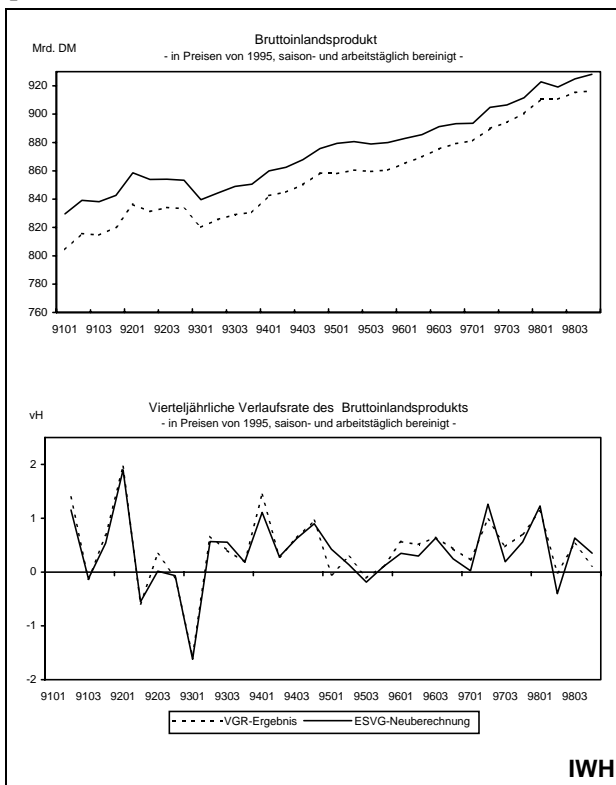
Verwendungsrechnung: Höheres Bruttoinlandsprodukt mit ähnlichem Verlauf

Die zusammenfassende Größe, in der sich die Vielfalt der konzept- bzw. datenbedingten Änderungen letztendlich widerspiegelt, ist das Bruttoinlandsprodukt. Die in seinen einzelnen Verwendungsaggregaten vollzogenen Neuerungen führen zu einem erhöhten Ausweis des Bruttoinlandsprodukts, wobei der Abstand zwischen alter und neuer Rechnung mit den Jahren immer geringer wird (vgl. Abbildung 1). Dies bedeutet zugleich eine Dämpfung der ausgewiesenen Wirtschaftsdynamik im Zeitraum von 1991 bis 1998. Nach alter Rechnung betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts 1,6 vH. Die revidierten Werte weisen einen durchschnittlichen Anstieg von 1,4 vH p. a. aus. So liegt die Zuwachsrate für das Jahr 1998 mit 2,3 vH um 0,5 Prozentpunkte niedriger als vor der Revision. Dagegen deutet der saisonbereinigte Verlauf der alten und der revidierten Daten des Bruttoinlandsprodukts auf eine ähnliche konjunkturelle Entwicklung hin.

¹ Siehe dazu eine ausführliche Beschreibung von STROHM, W. et. al: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe, in: *Wirtschaft und Statistik*, 4/1999, S. 257-281, sowie NIERHAUS, W.; MEISTER, W.: Harmonisierung der VGR: Statistisches Bundesamt stellt revidierte Daten für 1991 bis 1998 vor, in: *ifo Schnelldienst*, 14/1999 S. 3 ff. und ARBEITSKREIS VGR DES DIW: Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: *DIW Wochenbericht*, 20/99 S. 343 ff.

² Die saison- und arbeitstägliche Bereinigung der Datenreihen wurde mit dem Berliner Verfahren (BV 4) durchgeführt. Seitens des Statistischen Bundesamtes werden die Zeitreihen ebenfalls mit Hilfe des Berliner Verfahrens saisonbereinigt.

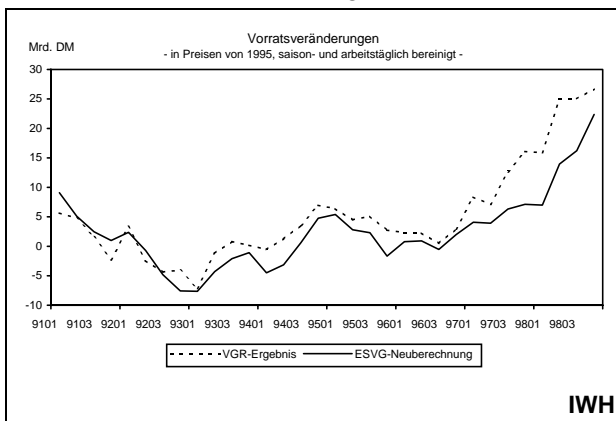
Abbildung 1:
Niveau und Entwicklung des Bruttoinlands-
produkts



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Der geringere Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1998 ist vor allem auf den niedrigeren Ansatz für die Vorratsveränderungen zurückzuführen (vgl. Abbildung 2). Der Lageraufbau, der in letzter Zeit einen beachtlichen Teil des Zuwachses des Bruttoinlandsproduktes ausmachte, wurde ab 1993 nach unten korrigiert und scheint nun eher den tatsächlichen Wirtschaftsvorgängen zu entsprechen.

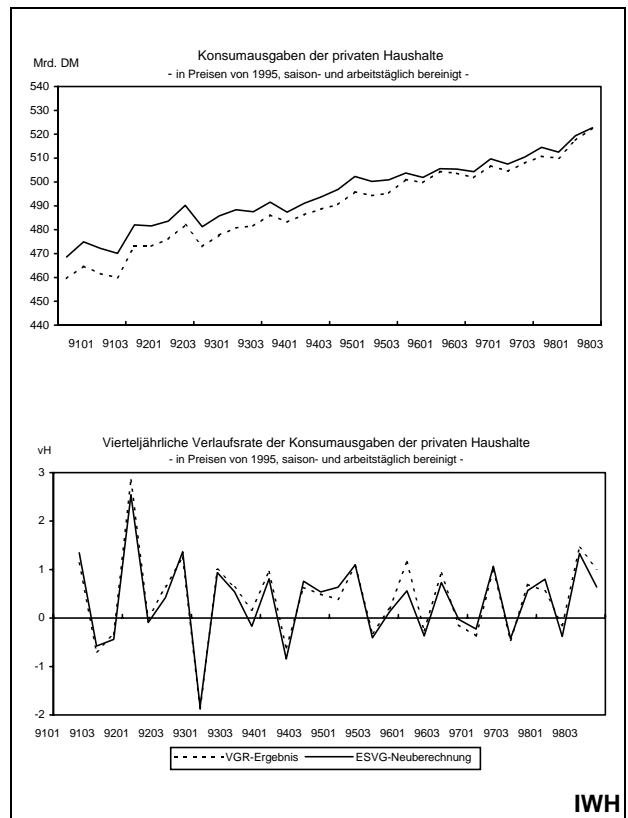
Abbildung 2:
Höhe der Vorratsveränderungen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Bei den *privaten Konsumausgaben* wird jetzt zwischen dem Ausgaben- und Verbrauchskonzept unterschieden. Das Verbrauchskonzept schließt die sozialen Sachtransfers des Staates an die privaten Haushalte in den Konsum mit ein. Der bisherige private Verbrauch, der sich aus den Käufen der inländischen privaten Haushalte und dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammensetzte, entspricht nun dem Ausgabenkonzept. Die Abweichungen zwischen den bisherigen und den revidierten Ergebnissen der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Organisationen ohne Erwerbszweck sind durch konzeptionelle Neuerungen (Einbeziehung fiktiver Mieten für selbstgenutzte Garagen und Stellplätze in die Berechnung der unterstellten Mieten für selbstgenutzte Wohnungen sowie die Zuordnung kleiner Reparaturen an selbstgenutztem Wohneigentum zu den Verbrauchsausgaben für Wohnungen von Wohneigentümern) und datenmäßige Verbesserungen (Berücksichtigung neuer Daten der Wohnungsstichprobe 1993 und der Handels- und Gaststättenzählung 1993) bedingt.

Abbildung 3:
Niveau und Entwicklung der Konsumausgaben der
privaten Haushalte^a

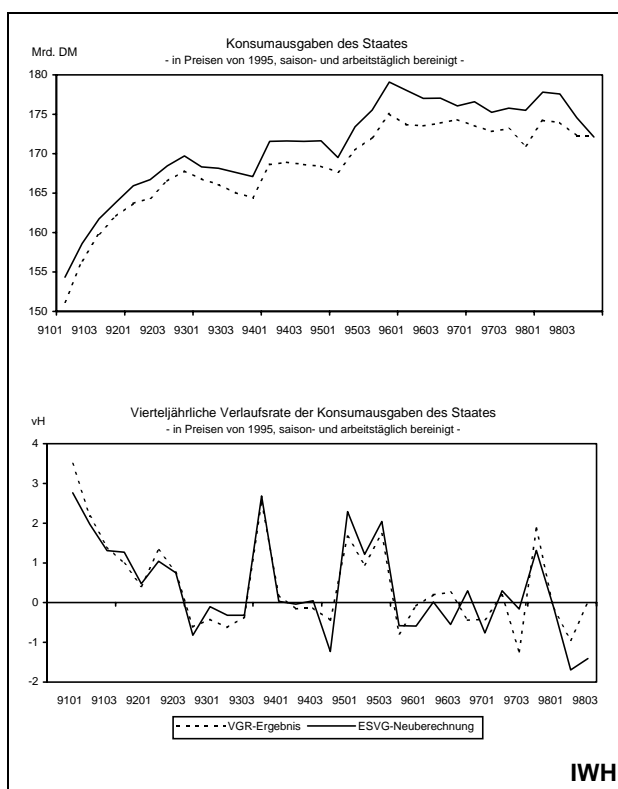


^a Einschließliche Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Ergebnis der Revision ist die Erhöhung des Betrages der Konsumausgaben der privaten Haushalte bei gleichzeitiger leichter Abflachung der durchschnittlichen Entwicklungsdynamik der realen Konsumausgaben für den gesamten Zeitraum 1991 bis 1998 von 1,4 vH (vor der Revision) auf 1,3 vH (vgl. Abbildung 3). Der konjunkturelle Verlauf der Konsumausgaben weist ein ähnliches Verlaufsbild wie vor der Revision auf, lediglich im ersten Quartal 1996 gibt es stärkere Abweichungen in der Verlaufsrate.

Abbildung 4:
Niveau und Entwicklung der Konsumausgaben des Staates



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Das Aggregat *Konsumausgaben des Staates* weicht in verschiedener Hinsicht vom Staatsverbrauch nach alter Abgrenzung ab. Es ist um den Zugang an zivil nutzbaren militärischen Ausrüstungen und Bauten geringer, der jetzt unter den öffentlichen Investitionen erfaßt wird. Auf diese Größe wie auch auf die öffentlichen Tiefbauten, wie Straßen, Brücken, Wasserstraßen usw., werden im neuen ESVG erstmalig Abschreibungen angesetzt, die für sich genommen den Staatskonsum wieder erhöhen. Verringert wird der Staatskonsum noch einmal dadurch, daß bestimmte Zahlungsströme an Nichtmarktproduzenten unter den Sub-

ventionen gebucht werden (z. B. bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Weitere kleinere Änderungen kommen hinzu. Alles in allem sind die Konsumausgaben des Staates nach dem neuen Konzept absolut größer als der Staatsverbrauch nach dem alten Konzept (vgl. Abbildung 4).

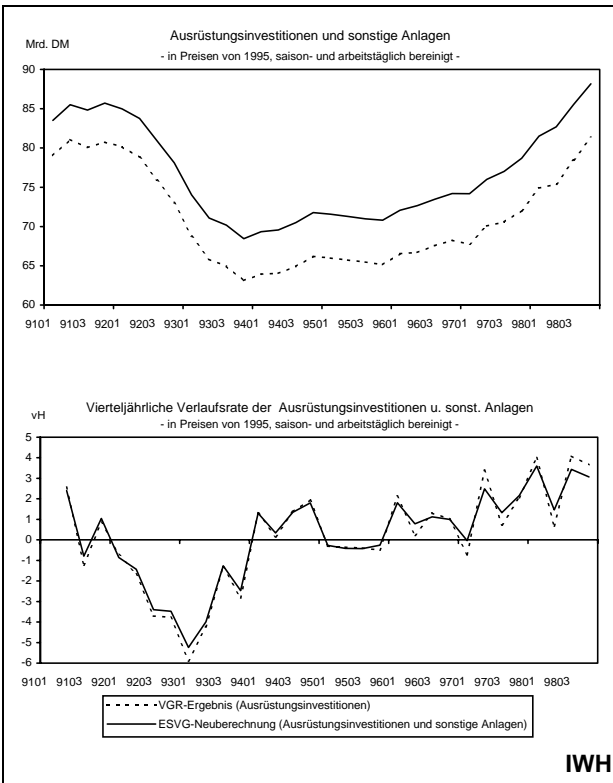
Die Anlageinvestitionen in dem ESVG weisen große Unterschiede im Vergleich mit dem bisherigen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf. Die *Ausrüstungsinvestitionen* laut ESVG sind betragsmäßig geringer als in der VGR. Dahinter verbergen sich konzeptionelle Änderungen. So waren in der VGR erworbene Computerprogramme zum Teil in den Ausrüstungsinvestitionen enthalten. Gemäß dem ESVG werden diese nunmehr der neuen Position sonstige Anlagen zugeordnet. Beide zusammen ergeben die Ausrüstungsinvestitionen im weiteren Sinne. Außerdem ist die Wertgrenze für Ausrüstungsinvestitionen angehoben worden. Daraus folgt, daß die Ausrüstungsinvestitionen im Vergleich mit der VGR geringer und die Vorleistungen höher ausfallen. Erhöhend im Vergleich zur VGR wirkt hingegen die Umbuchung zivil nutzbarer militärischer Anlagen (z.B. Lastwagen und Militärkrankenhäuser). Diese sind jetzt den Investitionen zugeordnet und waren vorher im Staatsverbrauch erfaßt.

Die Ausrüstungsinvestitionen im weiteren Sinne sind um die Position *sonstige Anlagen* ergänzt worden. Hierzu gehören insbesondere die immateriellen Anlagegüter. Dies sind gekaufte und selbst erstellte Computerprogramme, Urheberrechte, Suchbohrungen und sonstige Anlagen. Der umfangreichste Posten sind die Computerprogramme. Bisher wurden erworbene Computerprogramme teilweise in den Ausrüstungsinvestitionen erfaßt, während die selbsterstellten Computerprogramme gar nicht ausgewiesen wurden. Durch diese konzeptionelle Änderung werden die Ausrüstungsinvestitionen im weiteren Sinne und das Bruttoinlandsprodukt erhöht. Zu den sonstigen Anlagen gehören zudem Nutztiere und Nutzpflanzen sowie die Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter. Die Investitionen in sonstige Anlagen steigen über den gesamten Berichtszeitraum, weisen im Konjunkturverlauf nur eine geringere Variabilität als die anderen Investitionsaggregate auf.

Da in dem Aggregat sonstige Anlagen Größen enthalten sind, die in der alten VGR noch zu den Ausrüstungsinvestitionen zählten, wird dieser Posten hier vereinfachend zusammen mit den Ausrüstungsinvestitionen ausgewiesen (vgl. Abbildung 5). Der konjunkturelle Verlauf dieses Aggregats zeich-

net ein ähnliches Bild wie die bisherigen Ausrüstungsinvestitionen, jedoch sind die Schwankungen der konjunkturellen Rate seit Anfang 1997 etwas flacher.

Abbildung 5:
Niveau und Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen und sonstigen Anlagen

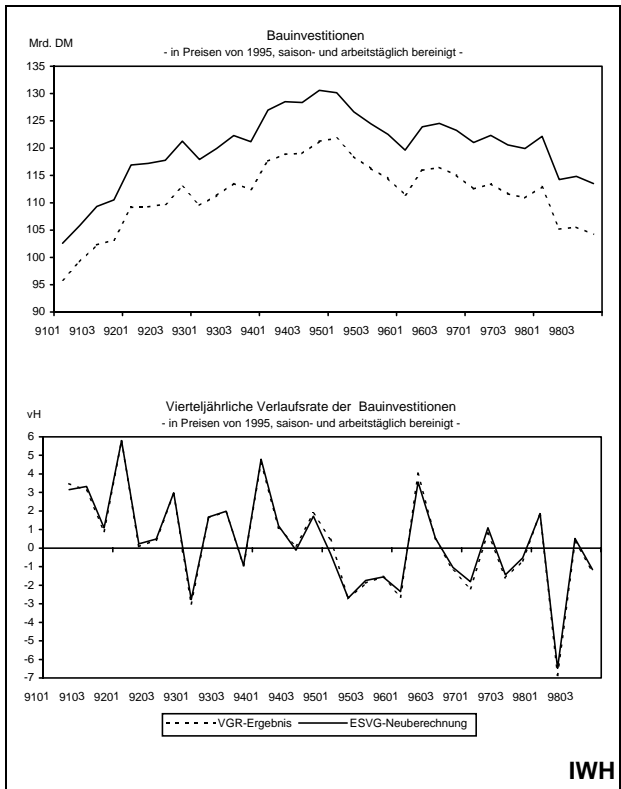


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Revision der *Bauinvestitionen* hat aufgrund konzeptioneller Änderungen (Einbeziehung von militärischen Bauten mit ziviler Nutzungsmöglichkeit in den Investitionsbegriff sowie die Ausweitung der Bemessungsgrundlage des Abschreibungsbegriffes auf die gesamten Anlagegüter) und der Vervollkommnung der Berechnungsmethoden (insbesondere bei der Erfassung baurelevanter Nebenleistungen) zu einem deutlich höheren statistischen Nachweis der Bauinvestitionen geführt. Die Darstellung der baukonjunkturellen Entwicklung im Zeitverlauf blieb davon aber unberührt (vgl. Abbildung 6).

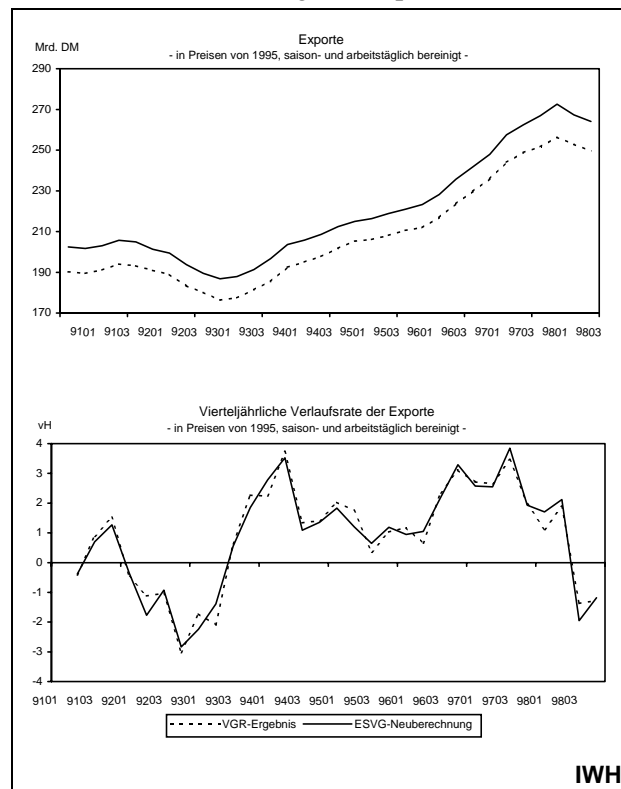
Die *Exporte* und die *Importe* fallen infolge der Revision im Niveau höher aus (vgl. Abbildungen 7 und 8). Das ist auf Korrekturen zurückzuführen, die hauptsächlich Zuzählungen für den Lagerverkehr (Ausfuhr bzw. Einfuhr aus Zollagern) und den Veredelungsverkehr (Bruttoerfassung der Lohnveredlung) betreffen. Der nominale Außenbeitrag

Abbildung 6:
Niveau und Entwicklung der Bauinvestitionen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

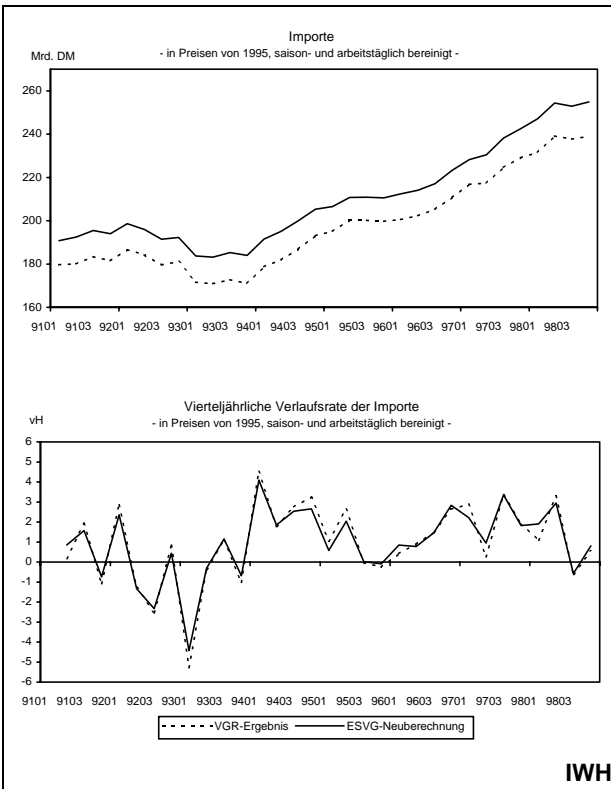
Abbildung 7:
Niveau und Entwicklung der Exporte



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

hat sich insgesamt jedoch kaum verändert. Auch die saisonbereinigte Entwicklung der revidierten Daten stimmt mit den früheren Verläufen der Exporte bzw. der Importe weitestgehend überein. Lediglich im IV. Quartal 1998 weicht der revidierte Wert für die Wareneinfuhr von dem früheren Wert nach oben hin ab, was insbesondere auf die aktualisierte Preisbereinigung zurückzuführen ist.

Abbildung 8:
Niveau und Entwicklung der Importe



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Entstehungsrechnung: Neugliederung der Sektoren und Wirtschaftsbereiche

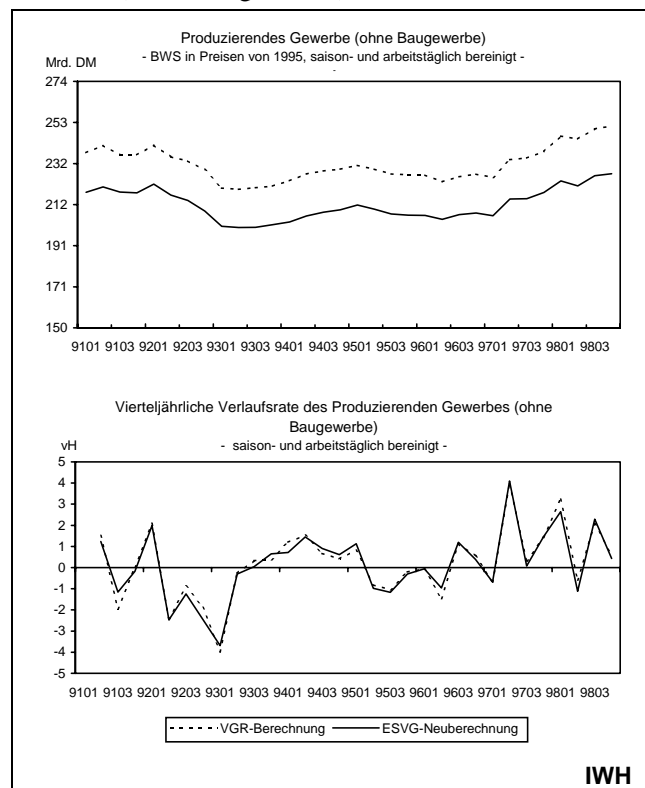
Die Einführung des ESVG 1995 führt auch auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts zu erheblichen konzeptionellen Änderungen. Dies betrifft zunächst die Gliederung der Wirtschaftsbereiche und Sektoren. In der Sektorgliederung des ESVG gibt es keinen umfassenden Unternehmenssektor mehr, der alle unternehmerischen Tätigkeiten vereint. Nunmehr werden die Kapitalgesellschaften (einschließlich Quasikapitalgesellschaften, wie beispielsweise Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und abgeleitete Rechtsformen) künftig in den beiden Sektoren Finanzielle und Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften erfasst. Die übrigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (z. B. Freiberufler und Einzelunterneh-

mer) werden dem Sektor Private Haushalte zugeordnet.

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93) ist im ESVG 1995 die Grundlage für alle Darstellungen nach Wirtschaftsbereichen. Sie löst die bisherige Zweigklassifikation aus dem Jahr 1979 ab und ist unmittelbar aus der europäischen Klassifikation der Wirtschaftszweige NACE abgeleitet. Es werden jetzt sechs statt der bisher fünf Hauptbereiche ausgewiesen. Neu sind insbesondere der getrennte Nachweis des Baugewerbes und die geänderte Gliederung der Bereiche des tertiären Sektors. Hier fällt insbesondere die Ausgliederung der privaten Dienstleister aus dem ehemaligen Sektor Dienstleistungsunternehmen ins Gewicht, die nunmehr dem neu definierten Sektor „Öffentliche und private Dienstleister“ zugeordnet sind.

Das Produktionsniveau des *Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe)* liegt 1998 durch die Konzeptänderungen um 9,7 vH unter dem Wert, der nach dem alten VGR-System ausgewiesen wurde (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9:
Niveau und Entwicklung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe)

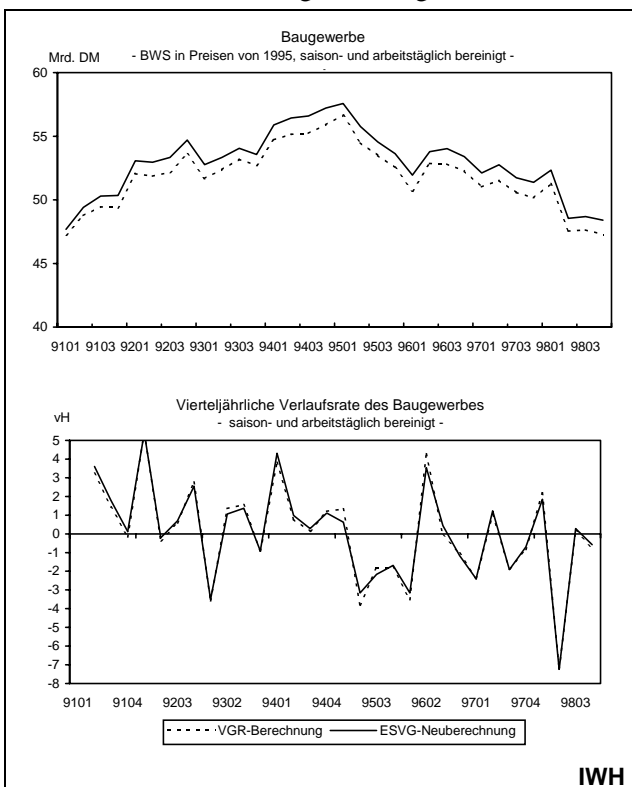


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Der Vergleich der saison- und arbeitstäglich bereinigten Veränderungsdaten gegenüber dem Vor-

quartal zeigt jedoch, daß der Verlauf nach beiden Rechensystemen nahezu identisch ist. Dies gilt auch für das *Baugewerbe*, dessen Bruttowertschöpfung kaum von konzeptionellen bzw. datenmäßigen Änderungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berührt wird (vgl. Abbildung 10). Damit sind die Verlaufsbilder der Produktion in den konjunkturellen Kernbereichen, nämlich dem Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und dem Baugewerbe, von der Revision der VGR nicht geändert.

Abbildung 10:
Niveau und Entwicklung des Baugewerbes

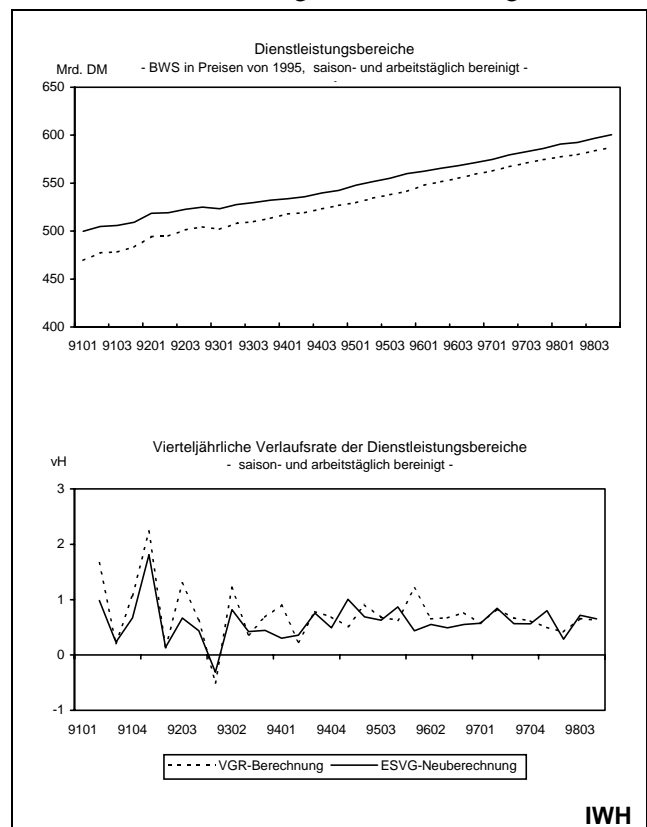


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Das Niveau der Bruttowertschöpfung in den *Dienstleistungsbereichen*³ lag 1998 nach den konzeptionellen und datenmäßigen Änderungen etwa 2 vH über dem Wert, der nach dem alten VGR-System berichtet wurde (vgl. Abbildung 11). Gravierender sind jedoch die Änderungen bei den drei großen Subsektoren des Dienstleistungsbereiches, die in hohem Maße durch Umgruppierungen zwischen diesen Subsektoren hervorgerufen werden.

³ Zu den Dienstleistungsbereichen gehören die Wirtschaftsbereiche Handel/Gastgewerbe/Verkehr, Finanzierung/Vermietung/Unternehmensdienstleister und Öffentliche Verwaltung/Verteidigung/Sozialversicherungen.

Abbildung 11:
Niveau und Entwicklung der Dienstleistungsbereiche



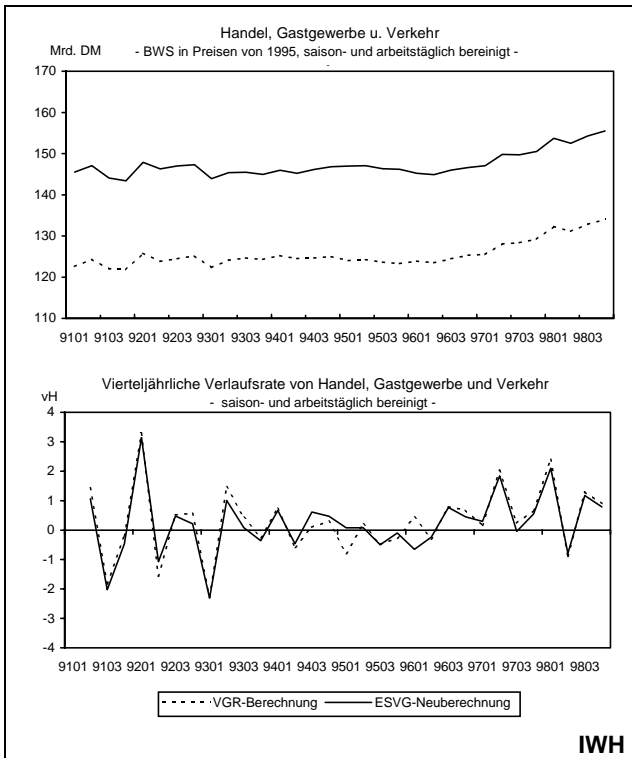
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Dem früheren Sektor Handel und Verkehr wird im ESVG 1995 nunmehr das Gastgewerbe zugeordnet, das im bisherigen System der VGR dem Wirtschaftsbereich Dienstleistungsunternehmen zugeordnet war. Damit wird die Bruttowertschöpfung im heutigen Sektor *Handel, Gastgewerbe und Verkehr* erhöht (vgl. Abbildung 12).

Der Verlauf der saison- und arbeitstäglich bereinigten Veränderungsdaten gegenüber dem Vorquartal entspricht jedoch nach dem neuen Rechenstand weitgehend dem Verlaufsbild nach dem alten VGR-System.

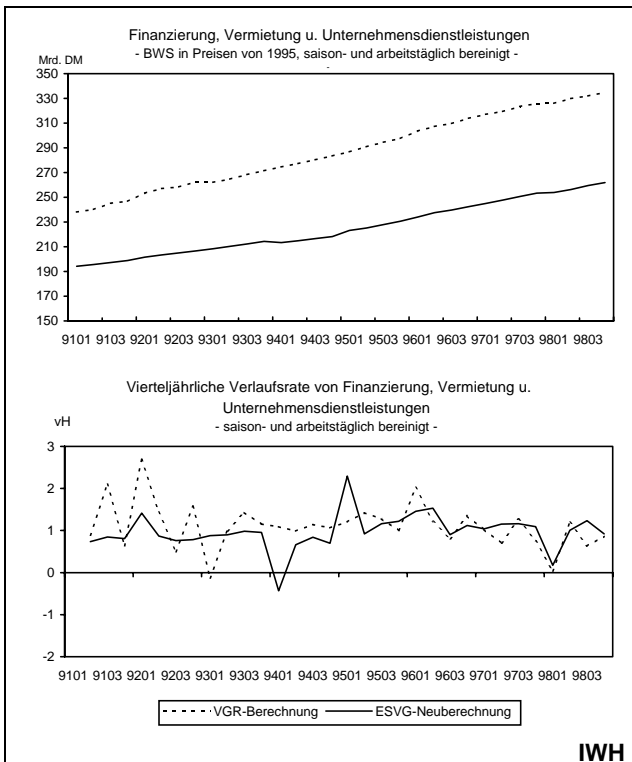
Die Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereiches *Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister* ist nach der Revision etwa 22 vH niedriger als der Wert, der nach dem alten VGR-System für den Wirtschaftsbereich Dienstleistungsunternehmen ausgewiesen wurde (vgl. Abbildung 13). Maßgeblich hierfür ist die Umgruppierung der privaten Dienstleister in den Wirtschaftsbereich Öffentliche und private Dienstleister. Die saison- und arbeitstäglich bereinigten Veränderungsdaten unterscheiden sich nunmehr erheblich von dem Verlauf, der sich nach dem früheren Rechenwerk ergab.

Abbildung 12:
Niveau und Entwicklung des Bereichs Handel,
Gastgewerbe und Verkehr



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

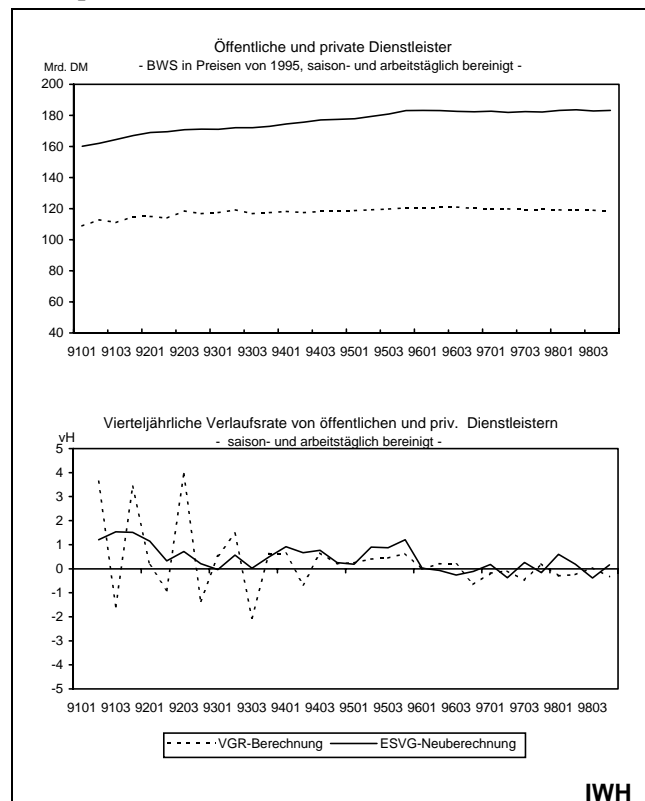
Abbildung 13:
Niveau und Entwicklung des Bereichs Finanzierung,
Vermietung und Unternehmensdienstleistungen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die größte Revision fand im Wirtschaftsbereich *Öffentliche und private Dienstleister* statt. In diesem Wirtschaftsbereich werden neben wesentlichen Teilen des alten Wirtschaftssektors Staat, Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck auch die gewerblich oder freiberuflich erbrachten Leistungen in den Bereichen Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen erfaßt. Insgesamt ist die nach dem ESG ausgewiesene Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs *Öffentliche und private Dienstleister* um etwa 53 vH höher als der bisherige Wert für den Sektor Staat, Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (vgl. Abbildung 14). Die konzeptionellen und datenbedingten Änderungen führen auch im Bereich *Öffentliche und private Dienstleister* zu einem anderen Verlaufsbild als vor der Revision.

Abbildung 14:
Niveau und Entwicklung des Bereichs Öffentliche
und private Dienstleister



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Eine wesentliche Konzeptänderung, die die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts betrifft, besteht darin, daß die Produktionswerte und

die Bruttowertschöpfung der Sektoren nicht mehr zu Marktpreisen, sondern zu Herstellungspreisen bewertet werden. Nach diesem Preiskonzept werden die Größen ohne Gütersteuern ausgewiesen, d. h. ohne Mehrwertsteuer, ohne Importabgaben und ohne sonstige Gütersteuern wie z. B. Mineralöl-, Branntwein-, Tabak- und Versicherungssteuer. Andererseits werden Gütersubventionen des Staates und der Europäischen Union in die Bewertung der Bruttowertschöpfung einbezogen. Die Höhe des Bruttoinlandsprodukts bleibt jedoch von dem neuen Preiskonzept unberührt, da beim Übergang von der Bruttowertschöpfung zum Bruttoinlandsprodukt die Gütersteuern hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Eine wesentliche Modifikation wurde in der Darstellung der Produktionswerte und der Vorleistungen der Handelstätigkeit vollzogen. Diese erfolgt nunmehr ohne den Wert der eingesetzten Handelsware (Nettodarstellung). Demnach zählen die erworbenen Handelswaren auch nicht mehr zu den Vorleistungen des Handels. Die Wertschöpfung ist von dieser Änderung unberührt.

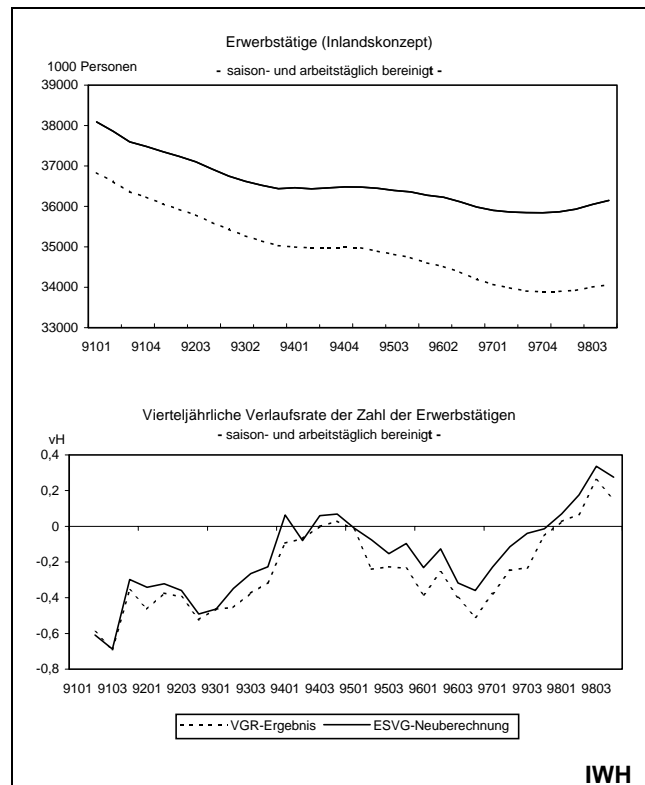
Deutliche Revision der Erwerbstätigenzahl

Im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde auch die Erfassung der Erwerbstätigkeit einem europäischen Standardkonzept angepaßt. Zugleich wurden die Mikrozensus der Jahre 1996 bis 1998 sowie die Ergebnisse verschiedener Großzählungen eingearbeitet. Es zeigte sich, daß vor allem das Niveau und die Zunahme der geringfügig Beschäftigten untererfaßt waren.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 1998 in Deutschland wird mit 36,0 Mio. Personen um 2,0 Mio. Personen, d.h. um 6,0 vH höher ausgewiesen als bisher (vgl. Abbildung 15). Die Neuberechnung der Zahl der Erwerbstätigen wurde für den gesamten Revisionszeitraum von 1991 bis 1998 vorgenommen. Für den Zeitraum 1991 bis 1994 weisen die revidierten Erwerbstätigenzahlen im großen und ganzen den gleichen saisonbereinigten Verlauf auf wie auf alter Basis. Dagegen ergibt die Neuberechnung für den Zeitraum seit 1995 einen anderen Verlauf: Während auf alter Basis der saisonbereinigte Rückgang der Erwerbstätigenzahl zwischen dem vierten Quartal 1994 und dem vierten Quartal 1997 mit 1,14 Mio. Personen veranschlagt wurde, beträgt er nunmehr lediglich 600.000 Personen. Nach beiden Rechenständen wird die Talsohle beim Beschäftigungsabbau im vierten Quartal 1997 durchschritten. Der Beschäf-

tigungsaufbau wird danach im revidierten Rechenstand mit 310.000 Personen deutlich stärker ausgewiesen als bisher (170.000).

Abbildung 15:
Niveau und Entwicklung der Erwerbstätigen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Das durchschnittliche Arbeitsvolumen ist nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung infolge des höheren Anteils von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen niedriger als vorher. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen beträgt nunmehr 1.522 Stunden (bisher: 1.581 Stunden).

Ein getrennter Ausweis der Erwerbstätigenzahl für West- und Ostdeutschland im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist seitens der amtlichen Statistik zurückgestellt worden. Für die Analyse der in beiden Großregionen unterschiedlich verlaufenden Entwicklung am ersten Arbeitsmarkt stehen nunmehr lediglich Angaben aus dem Mikrozensus zur Verfügung.

Hans-Ulrich Brautzsch
(brt@iw.ihw.uni-halle.de)
Ruth Grunert
(rgr@iw.ihw.uni-halle.de)

Branchenskizze: Ostdeutsche Kraftfahrzeugproduktion

In Ostdeutschland gehört die Kraftfahrzeugproduktion (Kraftwagen- und -teileproduktion) zu den Industriebranchen mit der größten Wachstumsdynamik nach der Wende. Die frühzeitige Privatisierung, der Zufluß von Kapital und Know-how durch westdeutsche und ausländische Investoren sowie die seit 1994 wieder gestiegene Nachfrage nach Automobilen bewirkten, daß die Umstrukturierung in dieser Branche relativ gut vorangekommen ist.

Die Voraussetzungen für den Start in die Marktwirtschaft waren auch für die Betriebe des Kraftfahrzeugbaus alles andere als rosig; überwiegend veraltete Produkte bestimmten das Erzeugnisprogramm, der Kapitalstock war in weiten Teilen unmodern und verschlissen, die Fertigungstiefe sowie der Personalbestand waren sehr hoch. Die unmittelbare Folge der Marktöffnung waren tiefe Produktionseinschnitte und das gänzliche Auslaufen nicht mehr nachgefragter Produkte wie der Pkw-Modelle „Trabant“ und „Wartburg“. Die Umstrukturierung und der Neuaufbau der Kraftfahrzeugproduktion kamen insbesondere durch die frühzeitige Zusammenarbeit mit großen Automobilherstellern in Gang. Dabei konnte teilweise auf Geschäftsbeziehungen aufgebaut werden, die bereits zu DDR-Zeiten existierten (z. B. mit der Volkswagen AG). Für den weiteren Fortgang waren vor allem die Entscheidungen zum Bau neuer Autowerke in Mosel bei Zwickau und in Eisenach maßgeblich – Regionen mit einer langjährigen Tradition im Automobilbau, in denen u. a. fachlich gut ausgebildete Arbeitskräfte vorhanden waren.

Von 1991 bis 1998 wurden – nach Daten des ifo Institutes – insgesamt 7,0 bis 7,5 Mrd. DM in die Restrukturierung und den Neuaufbau der ostdeutschen Kraftfahrzeugproduktion investiert; davon rund 3,5 Mrd. DM in die neuen Werke in Mosel und Chemnitz (Motorenfertigung) und etwa 1,4 Mrd. DM in das neue Werk in Eisenach. Ostdeutschland ist dadurch heute einer der modernsten Standorte der Pkw-Produktion in Europa.

Durch die kräftige Investitionstätigkeit, Einführung moderner Produktionskonzepte u. a. hat sich die Produktion der ostdeutschen Kraftfahrzeugindustrie um etwa das 5,4fache im Zeitraum von 1991 bis 1998 erhöht. Ein noch höheres Produktionswachstum erreichten lediglich die Hersteller von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. Der Umsatz (ohne Umsatzsteuer) stieg 1998 auf rund 14 Mrd. DM (vgl. Ta-

belle) und lag damit bei knapp einem Zehntel des gesamten Umsatzes der ostdeutschen Industrie. Gegenüber 1997 wurde ein Umsatzsprung um etwa die Hälfte realisiert; er resultierte vor allem aus der Inbetriebnahme neuer Fertigungseinheiten (Lackiererei, Fahrzeugendmontagelinien) im VW-Werk in Mosel. Dort wurde die Pkw-Produktion von 110.000 Stück (1997) auf 260.000 Stück (1998) gesteigert. 1998 wurden in Ostdeutschland insgesamt 435.000 Pkw produziert, das waren 8,1 vH der Inlandsproduktion der deutschen Hersteller.

Über 40 vH des Umsatzes der Kraftwagenproduktion, bei Kraftwagen und Kraftwagenmotoren sogar 58 vH, wurden im Ausland realisiert. Damit ist die Kraftfahrzeugindustrie – wie in Westdeutschland – die exportintensivste Branche in Ostdeutschland geworden. Mehr als ein Fünftel der Exporte der ostdeutschen Industrie im Jahr 1998 stammten aus dieser Branche, was freilich auch unter dem Aspekt der noch schwach entwickelten Exportkraft der Unternehmen vieler Zweige des Verarbeitenden Gewerbes zu sehen ist.

Der kräftige Anstieg der Automobilproduktion hat 1998 zu einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung geführt. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber 1997 um nahezu ein Fünftel auf rund 28.000; unter Einbeziehung der Kleinbetriebe bis 19 Beschäftigte auf ca. 29.300. Der Anteil der in dieser Branche Tätigen am Verarbeitenden Gewerbe (rund 5 vH) ist damit höher als zu DDR-Zeiten (ca. 4 vH). Allerdings bestehen erhebliche Größenunterschiede gegenüber Westdeutschland. Während im Osten 19 Personen je 10.000 Einwohner 1998 in der Kraftfahrzeugproduktion tätig waren, waren es im Westen 107, also fast sechsmal soviel.

In der Produktivität und Rentabilität lassen sich für die Unternehmen der gesamten Branche bis 1996 – nur bis dahin stehen amtliche Daten zur Verfügung – noch deutliche Rückstände gegenüber Westdeutschland ausmachen. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen zwei Jahren (hohe Produktionszuwächse, moderater Lohnkostenanstieg) dürfte sich jedoch die Situation inzwischen deutlich verbessert haben, zumal die Unternehmen, die Kraftwagen und Kraftwagenmotore herstellen, bereits 1996 eine höhere Produktivität und bessere Ertragslage aufwiesen als die in Westdeutschland (vgl. Tabelle/kursiv).

Siegfried Beer sbr@iwh.uni-halle.de

Tabelle:

Der ostdeutsche Kraftfahrzeugbau (einschl. -teileproduktion)^a 1995 bis 1998 in amtlichen Daten

		ME	1995	1996	1997 ^b	1998 ^b
I.	Ausgewählte Kenndaten					
1.	Betriebe	Anzahl	183	165	159	159
2.	Beschäftigte ^c	1.000 Pers.	23,2	22,0	23,5	28,1
3.	Produktionsindex (1995=100)	Punkte	100,0	98,8	114,1	168,3
4.	Umsatz insgesamt ^d	Mio. DM	7.963	7.840	9.209	13.945
4.1.	Inlandsumsatz ^d	Mio. DM	.	.	.	8.065
4.2.	Auslandsumsatz ^d	Mio. DM	.	.	.	5.881
	<i>Exportquote</i>	vH	.	.	.	42,2
5.	Bruttowertschöpfung ^{e*}	Mio. DM	1.618	1.510	.	.
	<i>Vorleistungsquote</i> *	vH	78,9	80,5	.	.
6.	Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	0,43	0,98	.	.
II.	Produktionssparten mit hohen Umsatzanteilen:					
	- Kraftwagen u. Kraftwagenmotore	vH	59,3	58,4	33,0	66,4
	- Teile u.ä. f. Kraftwagen und deren Motore	vH	23,5	25,8	28,5	26,5
III.	Anteile am Verarbeitenden Gewerbe^f:					
	Beschäftigte	vH	4,0	3,9	4,2	5,0
	Umsatz	vH	6,6	6,2	6,6	9,1
	Auslandsumsatz	vH	.	.	.	20,9
	Bruttowertschöpfung	vH	4,8	4,4	.	.
	Bruttoanlageinvestitionen	vH	2,9	6,6	.	.
IV.	Ost(a)-West(b)-Vergleichsdaten:					
1.	Arbeitsproduktivität ^g *	(a) 1.000 DM	74,8	71,9	.	.
		(b) 1.000 DM	112,0	112,6	.	.
	<i>darunter in der Kraftwagen-</i>	(a) 1.000 DM	124,4	124,4	.	.
	<i>und -motorenproduktion</i>	(b)	119,0	119,9	.	.
2.	Anteil der Kosten am Bruttoproduktionswert ^{d*}	a) vH	102,0	103,8	.	.
		(b) vH	100,1	100,4	.	.
	<i>darunter in der Kraftwagen-</i>	(a) vH	96,4	97,3	.	.
	<i>und -motorenproduktion</i>	(b) vH	100,3	100,6	.	.
3.	Lohnstückkosten ^{h*}	(a) vH	58,6	65,3	.	.
		(b) vH	64,7	66,9	.	.
4.	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	(a) 1.000 DM	44,0	47,1	49,1	51,1
		(b) 1.000 DM	72,8	75,9	76,4	78,1
5.	Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten ⁱ	(a) 1.000 DM	18,7	44,3	29,9	.
		(b) 1.000 DM	16,7	20,4	24,5	.

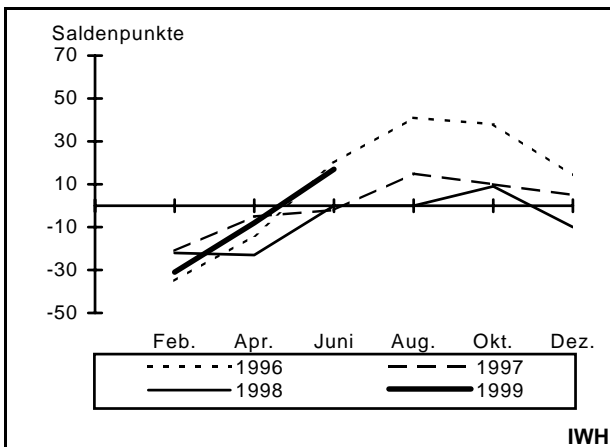
^a Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93); Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, außer: * Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – ^b Um Handwerksbetriebe erweiterter Betriebskreis. – ^c Einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. – ^d Ohne Umsatzsteuer. – ^e Unbereinigt, in jeweiligen Preisen. – ^f Ohne Verlagsgewerbe und ohne Recyclinggewerbe. – ^g Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – ^h Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – ⁱ Beschäftigtenzahl, Stand: September des jeweiligen Jahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Frühsommerliches Hoch am ostdeutschen Bau

Die Lage im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut Umfrage des IWH im Monat Juni deutlich verbessert. Damit setzt sich die seit Frühjahr zu beobachtende Aufwärtsbewegung fort, sogar kräftiger als im zurückliegenden Jahr. Das steht im Einklang mit den jüngsten Daten zum Auftragszugang. In saisonbereinigter Betrachtung legte die Ordertätigkeit im April mit 15 vH gegenüber dem Vormonat erstmals in diesem Jahr wieder zu. Neben dem öffentlichen Bau haben dazu auch Nachfrageimpulse vom bisher äußerst schwachen Wohnungs- sowie gewerblichen Hochbau beigetragen. Vor diesem Hintergrund haben die regelmäßig vom IWH befragten Unternehmen einen Stimmungsaufschwung im Hoch- und Ausbau gemel-

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



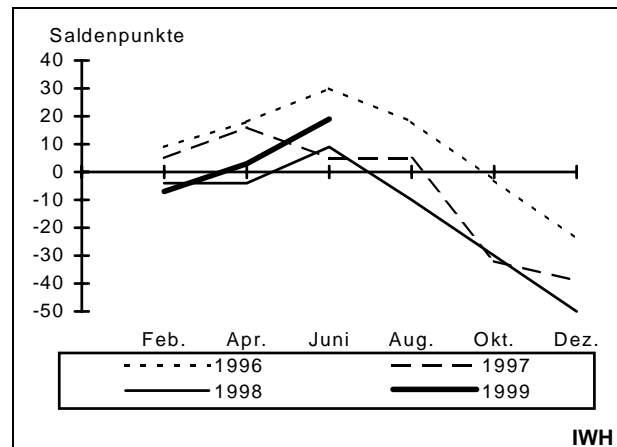
Quelle: IWH-Baumfragen.

det, so daß die positiven Urteile zur Geschäftslage nun wieder eindeutig dominieren und sogar die Vorjahreswerte übersteigen. Im Tiefbaubereich halten sich dagegen die Optimisten und Pessimisten trotz Verbesserung gegenüber dem Vorjahr noch die Waage. Im Baugewerbe insgesamt überwiegen per saldo die positiven Urteile. Bei 44 vH der Unternehmen laufen die Geschäfte eher gut und bei 15 vH sogar ausgesprochen gut. Negativ bewerten 42 vH der Bauunternehmen ihre aktuelle Lage. Ein nahezu vergleichbares Bild liefern die Geschäftserwartungen bis zum Herbst dieses Jahres. Drei von fünf der Unternehmen gehen von eher günstigen Aussichten aus.

Das konjunkturelle Gesamtbild deutet darauf hin, daß sich im ostdeutschen Baugewerbe lang-

sam Entspannungstendenzen durchzusetzen beginnen, wenn auch die Einschätzung ihrer Stärke zur Zeit noch schwierig ist. Zum einen signalisieren die seit April wieder steigenden Auftragseingänge im Wohnungsbau und die Verbesserung der IWH-Indikatoren im Hoch- und Ausbau, daß die Einführung der Investitionszulage für die Modernisierung und Sanierung im Wohnungsbestand sowie für den innerstädtischen Lückenneubau wohl zu greifen beginnt. Zugleich stützt der öffentliche Bau die Baukonjunktur in Ostdeutschland. Zum anderen bergen die auf Einzelprojekte zurückzuführenden Nachfrageimpulse im öffentlichen und gewerblichen Bau gewisse Zweifel hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Besserung in sich. Selbst bei einer starken

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

Wachstumsbeschleunigung des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland würden die zwischenzeitlich aufgebauten Überhänge an gewerblichen Bauten, aber auch in ausgewählten Segmenten des Mietwohnungsbaus nur allmählich abgebaut. So bleiben die Auftragseingänge für den Zeitraum Januar bis April immer noch um real 3,6 vH unter dem Vorjahreswert. Das ostdeutsche Baugewerbe wird auch mittelfristig unter dem Druck der Anpassung seiner Kapazitäten an die rückläufige Nachfrage bleiben. Allerdings schwächt sich der Druck aufgrund einer deutlichen Tempoverringering des Nachfragerückgangs ab.

Brigitte Loose
(blo@iwh.uni-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe - Juni 1999
 - Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juni 98	Apr 99	Juni 99	Juni 98	Apr 99	Juni 99	Juni 98	Apr 99	Juni 99	Juni 98	Apr 99	Juni 99	Juni 98	Apr 99	Juni 99
	- in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	15	9	15	35	37	44	42	42	35	8	12	7	0	- 8	17
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	13	6	11	34	38	42	46	44	40	7	11	7	- 6	- 11	7
darunter ^b															
Hochbau	18	7	13	35	41	44	44	41	40	3	11	4	6	- 4	14
Tiefbau	4	6	9	28	32	41	53	49	38	16	13	12	- 38	- 24	0
Ausbaugewerbe	21	15	21	40	37	47	29	38	26	10	11	6	23	3	38
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	16	14	18	37	38	39	43	34	36	3	14	8	6	4	12
20 bis 249 Beschäftigte	18	9	17	32	35	43	41	45	34	9	10	7	- 1	- 11	19
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	46	58	53	54	25	47	0	17	0	- 8	17	7
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	10	2	9	35	36	43	48	44	41	7	18	8	- 10	- 22	3
Neugründungen	20	19	11	33	37	52	43	43	31	4	1	5	5	13	27
Bauhandwerk	23	13	26	36	38	39	32	41	30	10	9	4	17	0	31
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	11	10	11	43	41	49	39	39	37	6	9	4	9	3	19
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	9	9	8	41	42	45	44	39	43	7	10	4	0	2	7
darunter ^b															
Hochbau	11	10	9	44	48	49	40	34	41	4	8	2	11	17	14
Tiefbau	2	6	9	36	31	39	50	46	44	11	15	8	- 23	- 24	- 4
Ausbaugewerbe	17	14	14	50	40	58	26	40	25	7	5	4	34	9	43
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	15	10	14	42	43	44	42	41	35	2	6	7	13	6	16
20 bis 249 Beschäftigte	12	11	11	43	39	48	37	40	37	8	10	3	9	0	19
250 und mehr Beschäftigte	0	8	7	46	58	60	54	33	33	0	0	0	- 8	33	33
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	7	7	5	40	40	46	49	38	44	5	15	5	- 7	- 6	2
Neugründungen	18	22	14	43	36	54	35	39	32	4	3	1	22	17	35
Bauhandwerk	14	10	17	48	43	48	27	43	32	11	4	3	25	5	30

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Oktober 1998 vorläufig. - ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.